

Kamran Musayev

ZWISCHEN DEMOKRATIE UND AUTORITARISMUS

*Transformationsszenarien
im Baltikum und Südkaukasus*

campus

Zwischen Demokratie und Autoritarismus

Kamran Musayev promovierte als DAAD-Stipendiat an der Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Kamran Musayev

Zwischen Demokratie und Autoritarismus

Transformationsszenarien im Baltikum
und Südkaukasus

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51049-1 Print
ISBN 978-3-593-44101-6 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2019 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Dank	9
1 Einleitung	11
1.1 Forschungsstand.....	11
1.2 Aktualität und wissenschaftliche Relevanz des Themas	13
1.3 Methodisches Vorgehen.....	15
1.4 Kapitelüberblick.....	20
2 Theoretisch-analytische Grundlagen.....	23
2.1 Historischer Neoinstitutionalismus.....	23
2.2 Pfadabhängigkeit	27
2.3 Kontinuität und Wandel von Pfadabhängigkeit.....	31
2.4 Institutionenwandel und <i>Critical Junctures</i>	34
2.5 Modell zur vergleichenden Analyse von Systemwechseln und Staatsbildungsdynamiken	37
2.6 Die Phasen der Transformation.....	44
3 Die Liberalisierungsphase im Baltikum und im Südkaukasus	47
3.1 Der politische Aufbruch und die »Ära der Klubs«	47
3.2 Die »singende Revolution« im Baltikum.....	52
3.2.1 Volksfrontbewegungen.....	57
3.2.2 Bürgerkomitees versus Interfronten.....	63
3.3 Wechsel der Prioritäten: Zuerst Unabhängigkeit, dann Demokratisierung.....	70

3.3.1	Parade der Souveränitäten	73
3.3.2	Der baltische Weg: Befreiung von der Geschichte	81
3.4	Die Unabhängigkeitserklärungen der baltischen Republiken	89
3.4.1	Tabubruch: Litauen fordert die sowjetische Staatlichkeit heraus... 90	
3.4.2	Estland und Lettland – behutsam in die Unabhängigkeit	97
3.4.3	Doppelherrschaft im Kreml als Chance für die baltischen Staaten.....	100
3.4.4	Baltische Staaten: Wiederherstellung der Unabhängigkeit	104
3.5	Zusammenfassung.....	110
3.6	Matrjoschka-Nationalismus und die nationale Mobilisierung im Südkaukasus.....	111
3.7	Die »blutige Revolution« im Südkaukasus.....	115
3.7.1	Regimeöffnung in Georgien	115
3.7.2	Die Radikalisierung der nationalen Bewegung in Georgien nach den April-Ereignissen	123
3.7.3	Die institutionelle Weichenstellung in Armenien	132
3.7.4	<i>History War</i> zwischen Armenien und Aserbaidschan	135
3.7.5	Berg-Karabach als Katalysator der nationalen Mobilisierung	137
3.7.6	Strategiewechsel in Armenien: Erst die Unabhängigkeit.....	141
3.7.7	Der politische Aufbruch in Aserbaidschan	147
3.7.8	Die Meydan-Bewegung als Geburtsstunde der aserbaidschanischen Volksfront	148
3.7.9	Die »zurückgestellte« Demokratisierung Aserbaidschans.....	157
3.8	Die Unabhängigkeitserlangung der südkaukasischen Republiken.....	178
3.8.1	Bürgerkrieg in Georgien	178
3.8.2	Unabhängigkeitserklärung in Armenien	183
3.8.3	Die Wiederherstellung der Staatlichkeit in Aserbaidschan.....	187
4	Staatenbildungsdynamiken im Baltikum und im Südkaukasus.....	197
4.1	Politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit.....	197

4.2	Reproduktion von Institutionen und Verfassungsgebung	198
4.2.1	Der russische Truppenabzug aus dem Baltikum.....	199
4.2.2	Estland: Eine neue Verfassung mit Bezug auf die eigene Geschichte	203
4.2.3	Demokratisierungsprozesse und Verfassungskompromiss in Litauen	206
4.2.4	Die wiedereingesetzte Verfassung von 1922 und die institutionelle Entwicklung in Lettland	209
4.2.5	Die Exil-Balten als »demokratischer Motor«	214
4.3	Zusammenfassung.....	220
4.4	Die gescheiterte Demokratisierung in Georgien.....	222
4.4.1	Neuanfang mit alten Eliten	222
4.4.2	Autoritäre Stabilisierung in Georgien.....	227
4.5	Die Reautoritarisierung Aserbaidshans.....	232
4.5.1	Chaotischer Machtkampf in Baku	232
4.5.2	Gescheitertes Demokratisierungsexperiment in Aserbaidshans.....	237
4.5.3	Militärputsch und Rückkehr des Patriarchen	245
4.5.4	Erdölverträge als Durchbruch aus der regionalen Isolation	251
4.6	Renaissance des Autoritarismus in Armenien	258
4.6.1	Politische Entwicklung seit der Unabhängigkeit.....	258
4.6.2	Schleichende Autokratisierung Armeniens	267
4.6.3	Palastrevolte und Machtergreifung durch den Karabach-Clan.....	275
4.7	Zusammenfassung.....	284
5	Konsolidierte Demokratien versus hybride Regime: Baltikum und Südkaukasus im Vergleich	289
5.1	Institutionelle Konsolidierung und Verfassungsprinzipien im Baltikum	289
5.2	Superpräsidentialismus im Südkaukasus.....	290
5.3	Präsidentialismus versus Parlamentarismus	291

5.4 Demokratische versus hybride Regime	298
5.4.1 Herrschaftslegitimation im Baltikum.....	300
5.4.2 Herrschaftslegitimation im Südkaukasus	324
5.4.3 Herrschaftsausübung im	351
5.4.4 Herrschaftsausübung im Südkaukasus	359
5.4.5 Herrschaftsstrukturen im Baltikum	377
5.4.6 Herrschaftsstrukturen im Südkaukasus	386
5.4.7 Herrschaftsumfang im Baltikum.....	396
5.4.8 Herrschaftsumfang im Südkaukasus.....	411
6 Geografie, Geopolitik und interne Verfasstheit im Baltikum und im Südkaukasus	423
6.1 Theoretische Konzepte: Internationale Einflüsse auf Demokratisierungsprozesse	423
6.2 Baltikum und Russland.....	427
6.3 Die Westbindung der baltischen Staaten.....	432
6.4 Außenpolitik der Südkaukasus-Staaten im regionalen Kontext	438
6.4.1 Südkaukasus und Russland (GUS)	438
6.4.2 Südkaukasus und die Türkei.....	449
6.4.3 Südkaukasus und Iran.....	451
6.4.4 Integration des Südkaukasus in die euro-atlantischen Strukturen	453
7 Resümee.....	459
Abbildungen	465
Interviews	466
Abkürzungen.....	467
Periodika, Zeitungen, Zeitschriften, Studien	471
Literatur.....	473

Dank

Das vorliegende Buch ist eine überarbeitete und erweiterte Fassung meiner Dissertationsschrift, die ich an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt eingereicht und im Mai 2018 verteidigt habe. Zuallererst möchte ich mich bei dem Deutschen Akademischen Austauschdienst für die Gewährung eines Promotionsstipendiums sowie bei dem Johannes-Rau-Stipendium für ein Abschlussstipendium bedanken; beides ermöglichte mir die Anfertigung meiner Dissertation. Mein herzlicher Dank gilt vor allem meinem Doktorvater an der KU Eichstätt, Herrn Prof. Dr. Leonid Luks, der mich während der gesamten Promotionszeit tatkräftig unterstützte, stets förderte, vertrauensvoll und wertschätzend begleitete und mir bei Themenstellung und Verfassen genügend Freiraum gab. Ebenso herzlich richtet sich mein Dank an Herrn Prof. Dr. Klaus Schubert, der als Zweitbetreuer wichtige Anregungen für die politischen Betrachtungen meiner interdisziplinär angelegten Arbeit gab. Danken möchte ich auch Herrn Prof. Dr. phil. Friedbert W. Rüb, der mir in verschiedenen Phasen meiner Arbeit wertvolle Hinweise theoretischer und konzeptioneller Art gab. Des Weiteren möchte ich meinen besonderen Dank Herrn Prof. Dr. Thomas Poguntke aussprechen, der mir ermöglichte, am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF) der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ein Forschungsjahr zu verbringen. Besonders bedanke ich mich bei meinen Freunden Rail und Zaur, die bereitwillig ihr Wissen mit mir teilten, sich die Zeit für ausführliche Diskussionen nahmen und mich in den zähen Phasen der Dissertation ermutigten. Anerkennung gebührt auch Jürgen Volk, der mir bei der Korrektur der Arbeit und bei der Erledigung der stilistischen und orthografischen Probleme zur Seite stand. Schließlich danke ich herzlichst Miryam Schellbach und Barbara Stüdemann vom Campus Verlag für eine sehr gute Zusammenarbeit.

Mein inniger Dank gilt meinen Eltern, meiner Liebe und meiner Tochter, denen dieses Buch gewidmet ist. Meinen Eltern danke ich für ihre Zuneigung, moralische Unterstützung und Geduld. Bei meiner lieben Frau möchte ich mich bedanken, weil sie alle Höhen und Tiefen der Dissertation mit mir durchlebte. Meiner Tochter bin ich dankbar dafür, dass sie geduldig auf Papa gewartet hat und erst neun Tage nach meiner Disputation auf die Welt kam.

1 Einleitung

1.1 Forschungsstand

Die nach dem Zerfall der Sowjetunion allortorts wahrnehmbare Euphorie, die das »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992) ausgelöst hatte und die mit der Hoffnung auf Demokratisierung der postsozialistischen autoritären Regime verbunden war, ist heute, knapp drei Dekaden später, in der vergleichenden sozialwissenschaftlichen Forschung verschwunden und einer Ernüchterung gewichen. Trotz des erhofften globalen Siegeszugs der Demokratie blieben die Transformationsprozesse in einigen Regionen auf der Strecke und führten zu einer Reautoritarisierung der politischen Regime.

Die Transformationsforschung fokussierte sich nach der Wende in ihren Studien überwiegend auf die Erfolgsgeschichten in Mittelosteuropa. Trotz ähnlicher Ausgangsbedingungen sind die Demokratisierungsprozesse in den meisten ehemals sowjetischen bzw. jugoslawischen Republiken jedoch gescheitert. Abgesehen von Russland wurden die Ursachen dieser gescheiterten Transformationen in den besagten Regionen kaum wissenschaftlich aufgearbeitet. Im postsowjetischen Raum vollzog sich der Transformationsprozess unterschiedlich. Die Demokratie hat sich unterdessen nur in wenigen Staaten etabliert, einige erleben sogar eine Renaissance der autoritären Regime, eine dritte Gruppe schwebt in einer Grauzone zwischen Demokratie und Autoritarismus.

Die vorliegende Dissertation ist eine empirische und vergleichende Studie über die unterschiedlichen Transformationsszenarien im postsowjetischen Raum. Dabei werden zwei Regionen in den Mittelpunkt gerückt, die sich nach 1991 völlig unterschiedlich entwickelt haben: das Baltikum und der Südkaukasus, wobei versucht wird, die Gründe für die unterschiedlichen Entwicklungen in diesen Regionen zu erarbeiten. In der Studie werden durch vergleichende Methoden die empirische Plausibilität von kausalen Zusammenhängen bzw. Hypothesen hinsichtlich unterschiedli-

cher Entwicklungsdynamiken, konstitutioneller Strukturen und etablierter Regierungssysteme analysiert.

Es wird hierbei also auf zwei periphere Regionen Bezug genommen, die bisher von der komparativen Systemtransformationforschung nur am Rande berücksichtigt worden sind. Warum gerade diese Regionen? Oft sind es die Geografie und die Geschichte, welche die internationale Identität einer Region ausmachen. Somit liegt die erste Besonderheit darin begründet, dass sowohl die baltischen als auch die südkaukasischen Staaten durch ihren damaligen Peripheriestatus als Grenzstaaten des russischen bzw. sowjetischen Imperiums ein gemeinsames Kennzeichen aufweisen. Das historische Trauma, das die koloniale Präsenz Russlands hinterlassen hat, wie auch ihre Verletzbarkeit angesichts der politischen und wirtschaftlichen Macht Russlands, haben die baltischen und südkaukasischen Nationen dazu veranlasst, sich füreinander zu interessieren. Das Baltikum und der Südkaukasus sind zwei geografisch getrennte, aber geschichtlich verbundene Regionen. Zunächst wäre zu vermuten, dass zwischen diesen Regionen, mit ihrer jeweils relativ bescheidenen Größe, die an der süd- bzw. nordöstlichen Grenze Europas und damit relativ weit voneinander entfernt liegen, geschichtlich gesehen wenige Verknüpfungspunkte vorhanden sind. Paradoxerweise ist das nicht der Fall, sogar das Gegenteil lässt sich sagen, denn schon relativ lange bestehen besondere Beziehungen zwischen diesen Regionen.

Von Beginn des 19. Jahrhunderts bis ins Jahr 1918 hinein gehörten beide Regionen zum Zarenreich. Nach den ersten Unabhängigkeitserklärungen der einzelnen Staaten setzte sich die Zusammenarbeit weiter fort. Die baltischen Staaten wurden 1920 international anerkannt und traten dem Völkerbund bei. Eine militärische Intervention der Sowjets scheiterte 1919 in den baltischen Ländern. Im Südkaukasus (1920–1921) hingegen waren die Militäreinsätze erfolgreich, weshalb die Länder des Südkaukasus nicht den gleichen Status im Völkerbund erlangen konnten wie die baltischen Staaten. Die wichtigsten Gründe für die unterschiedlichen politischen Verläufe im Baltikum und im Südkaukasus sind in der Geschichte, in der gesetzlichen Lage und in der nationalen Situation der betreffenden Länder zu suchen. Als die Sowjetunion 1940 die baltischen Staaten besetzte, nachdem das sowjetische Russland sie 1920 als souveräne Staaten anerkannt hatte, wurde dieses Vorgehen von der internationalen Gemeinschaft folglich als eine Aggression und unrechtmäßige Annexion angesehen, was im Südkaukasus nicht der Fall war. Nach dieser Okkupation der

baltischen Länder durch die Sowjetunion lebten die Völker beider Regionen bis zum Zusammenbruch des Regimes unter einem politischen Dach. Erst seit dem Zusammenbruch werden die baltischen Staaten als postsowjetische Ausnahmefälle bezeichnet. Sie bilden eine besondere Gruppe unter den postkommunistischen Staaten: Sie verfügten als sowjetische Teilrepubliken über keine eigene Staatlichkeit, sind aber zusammen mit fünf weiteren Ostblockstaaten als einzige postsowjetische Republiken Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und der NATO geworden (Reetz 2008: 229f). Was den Südkaukasus anbelangt, ist der Demokratisierungsprozess mit dem Ausbruch der territorialen Konflikte (vorerst) gescheitert.

1.2 Aktualität und wissenschaftliche Relevanz des Themas

Der Südkaukasus kann als Synonym für den Krieg infolge der Sezessionsbestrebungen begriffen werden, die sich in den chaotischen politischen Entwicklungen der 1990er Jahre manifestierten und in autoritäre Herrschaftstendenzen, in Bürgerkrieg sowie übermäßige bis maßlose Korruption mündeten. Als Gegenbeispiel hierzu gelten alle drei baltischen Republiken, die, abgesehen von einer exklusiven Minderheitenpolitik, zu den etablierten Demokratien mit funktionierenden staatlichen Strukturen gezählt werden.

Auf den ersten Blick war die Ausgangssituation des Südkaukasus für den *Nation-Building*-Prozess, der für viele Transformationsforscher zu den zentralen Voraussetzungen eines erfolgreichen Systemwechsels zählt, wesentlich günstiger als diejenige des Baltikums. Während der Sowjetherrschaft schützten sich alle drei südkaukasischen Staaten gegen die Einmischungen des Zentrums (Moskau) (vgl. Christophe 2002: 1217–1234). Es gelang hierbei, anders als im Baltikum, die eigenen Nationalsprachen auf Verfassungsebene verankern zu lassen. Einzig die Verfassungen (1978) der drei südkaukasischen Republiken bekamen innerhalb der gesamten Sowjetunion die Freiheit zugesprochen, dass die jeweilige Sprache auf dem Territorium der jeweiligen Republik als Staatssprache gilt. Beide periphere Regionen bildeten später, dem Vorbild der *Solidarność*-Bewegung in Polen folgend, Massenmobilisierungsorganisationen, d.h. Volksfronten. Obwohl sich die Gründungsidee der Volksfront sowie deren Umsetzung zunächst im Baltikum vollzog, übertrafen die Ereignisse in den südkaukasischen

Republiken, hinsichtlich ihrer Dauer und ihrer Ausmaße, die Entwicklungen im Baltikum (Auch 2009: 36).

Innerhalb dieses Prozesses besaßen aber auch die baltischen Republiken einige Vorteile gegenüber dem Südkaukasus. Die moderne Staatlichkeit aus der Zwischenkriegszeit erwies sich als entscheidender Vorteil der Balten beim *State-Building*-Prozess. Sie griffen somit beim Aufbau der Institutionen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit zurück. Die schwach ausgeprägte Institutionalisierung und die Kurzlebigkeit der ersten Republiken ermöglichten es den südkaukasischen Staaten nicht, sich auf eine eigene, positiv besetzte Vergangenheit zu beziehen, die als Orientierungshilfe zur Neueinrichtung der Institutionen und zum Ausbau der Verfassungsgebung hätte dienen können (vgl. Rüb 1996: 126). Außerdem gehörten die im Westen sozialisierten und ausgebildeten Exil-Balten zum wichtigsten Elitenfaktor während des Aufbaus der Demokratie. Dieses Phänomen und seine Wirkung blieben im Südkaukasus aus und führten später dazu, dass die (post-)sowjetischen Parteikader, die bereits während der Sowjetunion regierten, erneut an die Macht kamen. Die meisten Politiker, und auch die Vertreter der Zivilgesellschaft, kamen in den 1990er Jahren im Kaukasus gewöhnlich aus der kommunistischen Nomenklatura, die nicht willens war, den demokratischen Verfahrenskonsens zu akzeptieren (vgl. Maćkow 1999: 1369ff.).

Die vergleichende Regimeforschung im postsowjetischen Raum wurde von westlichen Transformationsforschern nur bedingt in den Blick genommen. Christophes Artikel gehört zu den wenigen Studien, in denen impliziert Transformationsabläufe im Baltikum und Südkaukasus miteinander verglichen werden. Am Beispiel Litauens und Georgiens versucht die Autorin, durch die Analyse der Gemeinsamkeiten und Besonderheiten die unterschiedlichen Entwicklungsszenarien zu rekonstruieren. Im Zentrum ihrer These steht das Konzept »Nation(-alismus) als Ressource«, was in Zeiten des politischen Wandels sowohl zur Modernisierung einer Gesellschaft als auch zur Reproduktion der autoritären Verhältnisse dienen kann. Während die Litauer bei der Konstruktion der nationalen Identität kritisch mit der Vergangenheit umgingen und die Defizite der eigenen Geschichte aufarbeiteten, blieben die Georgier »der Tradition einer ungebrochenen Glorifizierung der Vergangenheit verpflichtet« (Christophe 2002: 1217ff.).

Weiter stellt die vorliegende Arbeit auch die von der Transformationsforschung vernachlässigten Kategorien *Staatlichkeit* und *Konflikt* bzw. *Krieg*

ins Zentrum der Betrachtung. Dabei ist die Drei-Elemente-Konzeption Jellineks – die Integrität von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt – von großer Bedeutung (Merkel 2007: 428ff.). In Bezug auf die untersuchten Regionen lassen sich zwei unterschiedliche Modi der Transformationsprozesse feststellen. Während der Systemwechsel in den baltischen Staaten friedlich ablief, wurden die südkaukasischen Republiken durch Sezessionsbestrebungen bzw. Krieg erschüttert. Im Südkaukasus, wo die Jellinek'sche Trinität eines funktionierenden Staatswesens durch die Konflikte verletzt wurde, führte dies zu einer Reautoritarisierung der politischen Regime. Die funktionierende Staatlichkeit ist für den Aufbau der Demokratie unentbehrlich: »Without a state, there can be no citizenship; without citizenship there can be no democracy« (Linz/Stepan 1996: 28). Hierbei wird der Einfluss des Konflikts in den südkaukasischen Staaten auf Aspekte wie die nationalen Bewegungen und die Neueinrichtung der staatlichen Institutionen innerhalb des Transformationsablaufes hin analysiert und in eine Dimension der Zeitlichkeit bzw. in verschiedene Etappen eingeteilt.

Ein weiterer Aspekt, der in der vorliegenden Arbeit zur Untersuchung der divergierenden Demokratisierungsprozesse hinzugezogen wird, sind die von der Demokratieforschung unterschätzten Merkmale wie die geografische Lage und die geopolitische Konstellation der beiden Regionen. Je demokratischer die Nachbarstaaten und die Regionalmächte sind, desto größer sind die Chancen, einen Staat zu demokratisieren (Gleditsch 2000: 35). Die demokratischen Großstaaten haben ein Interesse an der Errichtung von Demokratien in ihrer Nachbarschaft, um die eigene unmittelbare Umgebung zu stabilisieren. Die autoritären Regime sehen dagegen kleine Demokratieinseln in ihrer Nachbarschaft als Bedrohung für die eigene autoritäre Herrschaft an. Und in den Regionen, in welchen der Kampf um die regionale Vorherrschaft noch nicht beendet wurde, ist es schwer, Stabilität und Frieden zu schaffen.

1.3 Methodisches Vorgehen

Gegenstand dieser Arbeit sind die Ursachen der divergierenden Transformationsverläufe im Baltikum und Südkaukasus in einem Zeitraum von ca. 30 Jahren – von der Perestroika bis zu den politischen Entwicklungen im Jahre 2018. Zu Beginn werden daher die Thesen und Erklärungsansätze

für die unterschiedlichen Entwicklungsszenarien in beiden Regionen bei ähnlichen Strukturen, Voraussetzungen und Ausgangssituationen herausgearbeitet. Methodisch betrachtet ist der Vergleich ein zentrales, aber auch konstitutives Element der vorliegenden Arbeit. Dabei wird auf die *komparative* Methode (Lijphart 1971) der Vergleichenden Politikwissenschaften zurückgegriffen, indem der synchrone interregionale Vergleich der Mehrländerfallstudie aufgegriffen wird. Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der einzelnen politischen Phänomene festzustellen und kausale Zusammenhänge zu erkennen, zählt die vergleichende Methode innerhalb der Forschung zu den ausgewiesenen Herangehensweisen der Politikwissenschaft (Prittowitz 2007: 13; Muno 2009: 113ff.).

Die komparative Methode ermöglicht es, das Erkenntnisziel durch eine systematische und komparative Untersuchung empirischer Phänomene (Fälle) offenzulegen und die entscheidenden Variablen zu kontrollieren. Die Fälle selbst bilden eine der zentralen Einheiten des Vergleichs, die in sich räumlich und zeitlich abgegrenzt sind. Um eine komparative Studie besser zu strukturieren, wird auf die Verwendung von Variablen zurückgegriffen. Diese Variablen helfen, die Komplexität des Forschungsgegenstandes mit einem reduktionistischen Ansatz zu erfassen (Lauth u.a. 2015: 19–32; Landman 2000). Im Fall einer kausalen Analyse erlauben hierbei vier Gruppen von Variablen, die untersuchungsrelevanten Faktoren zu bestimmen: Die *vorgängigen* Variablen identifizieren die historisch-kulturellen Einflüsse für die gegenwärtigen Entscheidungen, die wiederum eine Wirkung auf die Zukunft haben (Rüb 2001: 71). Die *abhängigen* Variablen (Demokratie, hybride Regime) bezeichnen das zu erklärende Phänomen (Explanandum). Die *unabhängigen* Variablen sind die Faktoren, die zur Erklärung der vermuteten Ursachen des Phänomens herangezogen werden. Die *intervenierenden* Variablen erfassen die Randbedingungen, die eine ermittelnde Drittfunktion zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen erfüllen (vgl. Linz/Stepan 1996). Sie sind zwischengeschaltete Variablen, die oftmals in der Forschung vernachlässigt werden, obwohl ihr Anteil für die Komparatistik nicht zu unterschätzen ist (Berg-Schlosser 2003: 109). In der vergleichenden Arbeit lassen sich die Untersuchungsformen vor allem anhand zweier Kriterien unterscheiden: der Anzahl der in die Studie einbezogenen *Variablen* und der Anzahl der berücksichtigten *Fälle* (Aarebrot/Bakka 2003: 58f.). Aus diesen zwei methodischen Untersuchungskriterien heraus werden in Anlehnung an Lijphart (1971) drei in den Sozialwissenschaften relevante Vergleichsmethoden entwickelt: die Einzelfallstu-

die, die statistische und die komparative Methode. Nach Anzahl der *Variablen* und *Fälle* entstehen die Unterschiede zwischen den Vergleichsmethoden: Die *Einzelfallstudie (case study)*, wie es die Definition bereits impliziert, untersucht bei einer hohen Anzahl an Variablen nur einen Fall allein. Ihr Vorteil liegt in einer detaillierten Analyse des Forschungsgegenstandes begründet. Durch die Rekonstruktion der Zusammenhänge können die möglichen Ursachen des Falls herausgefunden werden.

In der *statistischen* Methode wird eine große Anzahl von Fällen in Kombination mit einer geringeren Variablenzahl eingesetzt (Muno 2009: 113f.). Quantitative Analysen beziehen aus einer großen Zahl an Fällen ihre Ergebnisse über generalisierbare Kausalbeziehungen und sind vorteilhaft bezüglich eines hohen Maßes an Verallgemeinerbarkeit, wobei jedoch die daraus resultierende schwache theoretische Tiefenschärfe zu berücksichtigen ist (Lauth u.a. 2015: 49f.; Lauth/Winkler 2010: 54f.).

Bei der *komparativen* Methode wird eine mittelgroße Anzahl an Variablen und Fällen zur Untersuchung herangezogen. Zur Erklärung der divergierenden Transformationsszenarien im Baltikum und im Südkaukasus wird die komparative Methode verwendet, die über ein klares, kontrolliertes Forschungsdesign verfügt. Sie versucht, die Variablen so zu kontrollieren, dass einzelne Kausalbeziehungen voneinander getrennt und analysiert werden können. Um die ähnlichen und doch sehr unterschiedlichen Fälle miteinzuschließen, wurden von Przeworski und Teune zwei Arten an Forschungsdesigns, das *most similar cases design (MSCD)* und das *most dissimilar case design (MDCD)*, entwickelt (vgl. Przeworski/Teune 1970: 32ff.). Sie gehen auf die von John Stuart Mill (1843) in seinem grundlegenden Werk *A System of Logic* erarbeitete Differenz- und Konkordanzmethode zurück (Rohlfing 2009: 134f.).

Bei der Differenzmethode variiert, genauso wie beim MSCD, die abhängige Variable bei sehr ähnlichen Fällen. Dagegen ähneln in der Konkordanzmethode die abhängigen Variablen bei unterschiedlichen Fällen, was dem MDCD entspricht (George/Bennett 2005: 165). Trotz vieler Ähnlichkeiten unterscheiden sich die von Przeworski und Teune sowie Mill entwickelten Methoden durch unterschiedliche Akzentuierungen und Prioritätensetzungen. Während Mills Differenz- und Konkordanzmethode ein Analyseverfahren des Vergleichens darstellt, dienen *most similar* und *most different systems design* dem analytisch effizienten Fallauswahlverfahren. Dabei können neue Forschungsdesigns wie etwa *similar system with different outcome*

(SS-DO) oder *different systems with similar outcome* (DS-SO) kreiert werden (Jahn 2013: 239f.).

Das *most similar systems design* stellt die komparative Methode schlechthin dar, weil sich die Fallauswahl hier als ein wesentliches Kriterium erweist. Die vergleichende Methode wird bezeichnet als »method of testing hypothesized empirical relationships among variables on the basis of the same logic that guides the statistical method, but in which the cases are selected in such a way as to maximize the variance of the independent variables and to minimize the variance of the control variables« (Lijphart 1975: 164). Entscheidend für die Fallauswahl ist die Konstellation der unabhängigen und abhängigen Variablen.

Dennoch orientiert sich die vergleichende Studie (Baltikum versus Südkaukasus), was die Auswahl der Fälle angeht, an der Analysemethode Mills. Bezogen auf die Differenzmethode werden in der vorliegenden Arbeit ähnliche unabhängige Variablen und stark variierende abhängige Variablen (Demokratie, Autoritarismus) analysiert. Das Forschungsdesign der ähnlichen Fälle mit unterschiedlichen Resultaten (*similar systems with different outcomes*) ist jedoch eine grundsätzliche Ausrichtung der unterschiedlichen Transformationsabläufe in den beiden zu erforschenden Regionen. Zur Erklärung der unterschiedlichen abhängigen Variablen werden die unabhängigen Variablen herangezogen. Außerdem sollen die unabhängigen Variablen, die als Ursache für das Phänomen (abhängige Variable) angesehen werden, relativ ähnlich, aber nicht identisch gehalten werden (Przeworski/Teune 1970: 38; Lijphart 1975: 159). Im Rahmen der Differenzmethode sollen die abhängigen Variablen (Ergebnis – Demokratie versus Autoritarismus) benannt, unabhängige Variablen (Ursachen) identifiziert und die Fälle (zwei Regionen – Baltikum und Südkaukasus) ausgewählt werden.

Da die Untersuchung mehrere, ungefähr 30 Jahre andauernde Transformationsprozesse umfasst, wird darüber hinaus auch die Methode des *process tracing* (Prozessanalyse – vgl. Schimmelpfennig 2006) zur Erklärung der in unterschiedlichen Zeitdimensionen stattfindenden Prozesse herangezogen (George/Bennett 2005: 205f.). Der Vorteil dieser Methode liegt darin, dass sie es ermöglicht, die Verbindungen zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen mithilfe einer Kausalkette bzw. durch kausale Sequenzen zu rekonstruieren und zu identifizieren. Außerdem können zeitlich weit auseinanderliegende Ereignisse aufeinander bezogen werden (Pierson 2004). Der Schwerpunkt beim *process tracing* liegt in der histori-

schen Dimension. Die politischen Prozesse werden in Etappen eingeteilt und in ihrer Genese kontextualisiert. Der Etappenschritt erleichtert die Überprüfung komplexer, zu analysierender Kausalzusammenhänge und aus der Theorie hergeleiteter Hypothesen durch eine Aufspaltung in eine Reihe von kleineren kausalen Analyseeinheiten (Jahn 2013: 336).

Die für eine vergleichende Analyse zwischen Baltikum und Südkaukasus notwendigen Informationen wurden durch die Auswertung von unter anderem Periodika, Zeitungsartikeln, Dokumenten, Zeitschriften, Interviews und wissenschaftlichen Studien gewonnen. Die empirische Basis wurde nicht nur aus der Sekundärliteratur, sondern vorwiegend aus Primärquellen, Archivadokumenten und Materialerhebungen in den untersuchten Ländern generiert.

Das Ziel der Arbeit ist es, die Perspektive der politischen Prozesse »von unten« zu zeigen. Dabei sollte die verstreut zugängliche Literatur nicht zusammengeführt, sondern mithilfe eines analytischen Modells systematisiert und verglichen werden. Es wurden die bis dato von der Osteuropaforschung stiefmütterlich behandelten regionalen Zeitungs- und Zeitschriftenquellen in die vorliegende Arbeit integriert, ebenso die Forschungsarbeit zeitgenössischer regionaler Autoren. In der Aserbaidschanforschung zum Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre wurden aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse bei den Forschern ausschließlich die zentralen russischen Medien berücksichtigt. Die vorliegende Arbeit soll auch hier zur Schließung dieser Lücke beitragen, indem neue nichtrussischsprachige Quellen erschlossen werden. Hierfür wurden Interviews mit regionalen politischen Akteuren geführt und Interviews in lokalen und regionalen Medien analysiert.

Aufgrund der Aktualität des Untersuchungsgegenstands konnten auch mündliche Quellen und Zeitzeugen einbezogen werden. Die Gespräche mit Vertretern der Zivilgesellschaft und damaligen politischen Entscheidungsträgern halfen, die kausalen Zusammenhänge der Ereignisse herzustellen. Darüber hinaus wurden die Beobachtungen und Erfahrungen bei internationalen Konferenzen, in Seminaren, Workshops und Forschungsinstituten, bei Lehrtätigkeiten und bei forschungsbedingten Aufenthalten im Baltikum und Südkaukasus in die Arbeit integriert. Die Schreibung russischer, aserbaidschanischer, georgischer, armenischer, lettischer, litauischer und estnischer Namen, von Fachausdrücken und Abkürzungen folgt den Regeln der wissenschaftlichen Transkription. In einigen Fällen wird in

die deutsche Schreibweise eingebürgerte Form verwendet (»Gorbatschow« statt »Gorbačëv« usw.).

1.4 Kapitelüberblick

Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Transformationsszenarien im Baltikum und im Südkaukasus zu verdeutlichen, ist es notwendig, zunächst auf die theoretischen Grundlagen einzugehen. In dem der Einleitung nachfolgenden Kapitel 2 werden der theoretische Rahmen der Arbeit und die wichtigsten Variablen definiert. Ferner werden in diesem Kapitel theoretische Erklärungsansätze für den bei ähnlicher Ausgangssituation unterschiedlich verlaufenden Systemwechselablauf in beiden Regionen entwickelt. Dabei wird auf die Erkenntnisse des historischen (Neo-)Institutionalismus zurückgegriffen. Im Rahmen des historischen Institutionalismus wird sich mit den Konzepten der Pfadabhängigkeit und der *critical junctures* näher und tiefergehend auseinandergesetzt. Der historische Institutionalismus deckt die empirischen Anforderungen weitgehend ab und wird daher in den theoretischen Analyserahmen integriert. Er analysiert die Wechselbeziehungen zwischen einzelnen Akteuren und den Institutionen und nimmt eine historische Perspektive ein. Die Historizität wird dabei ins Zentrum der Forschung gerückt. Dies ermöglicht, die vergleichenden politischen Phänomene im größeren historischen Kontext besser zu erklären. Bei der Erklärung der politischen Wandelprozesse wird der Zeitdimension eine besondere Bedeutung beigemessen (Pierson 2004: 2). Das Konzept der Pfadabhängigkeit gehört zu den wichtigsten Merkmalen des historischen Institutionalismus, denn es verbindet die unterschiedlichen multikausalen Wirkungszusammenhänge miteinander (Mahoney 2000). Eine neue Pfadentwicklung wird nach einem *critical juncture* eingeschlagen. Die institutionelle Weichenstellung (*critical juncture*) wird als ein historisches Zeitfenster gesehen, das einen Übergang vom autoritären Regime zur Demokratie ermöglichen könnte, aber nicht zwingend muss (Capocchia/Kelemen 2007). Wenn der historische Institutionalismus den Untersuchungsgegenstand in allgemeiner Form zu strukturieren bzw. zu prägen und bestimmte Zusammenhänge in den Fokus unserer Forschung zu rücken hilft, wird durch das Heranziehen der Variablen versucht, kausale Zusammenhänge bezüglich der Ursachen und Wirkungen bestimmter

Phänomene detailliert zu erklären. Die Auswahl der Variablen hängt von der gewählten Theorie ab. Außerdem setzen die Variablen den Rahmen für die Arbeit und dienen zur Reduktion der Komplexität (Lauth u.a. 2015: 4–10). Das Ziel ist hierbei, mit wenigen Faktoren in einer vergleichenden Analyse von Baltikum und Südkaukasus einen Großteil der Phänomene erfassen zu können.

Kapitel 3 analysiert die Liberalisierungsphase in beiden Regionen und ihren gleichzeitigen Sprung in den Wandel. Die Voraussetzung für eine eigenständige Transformationspolitik im Baltikum und im Südkaukasus war die Wiederherstellung ihrer nationalen Souveränität und damit einhergehend der Austritt aus der Sowjetunion. Dieser wäre ohne die sich zuspitzende Systemkrise der Sowjetunion Ende der 1980er Jahre nicht möglich gewesen. Dabei ist es wichtig, die unterschiedlichen Modi des Systemwechsels in beiden Regionen zu berücksichtigen. Während die Transformation im Baltikum friedlich verlief, wurde dieser Prozess im Südkaukasus von kriegerischen Auseinandersetzungen begleitet. Der Krieg wird sich später zum entscheidenden Faktor entwickeln, der Akteurkonstellationen, *State*- und *Nation-Building* und die Demokratisierungsprozesse in der Region negativ prägt.

Das Kapitel 4 bildet schlussendlich das Herzstück der vorliegenden Arbeit. Nach der internationalen Anerkennung ihrer Unabhängigkeit war für die baltischen und südkaukasischen Länder der Neuaufbau der eigenen Staatlichkeit die vordringlichste Aufgabe. Die baltischen Staaten sind die einzigen ehemaligen Sowjetrepubliken mit einer historisch unabhängigen Staatlichkeit und einer parlamentarischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit. Diese Zeit der »Ersten Republik(en)« ist der Bevölkerung noch im Gedächtnis. Im Fall der Kaukasus-Republiken ist die »Erste Republik« (1918–1921) lange her, wodurch aufgrund der Generationenwechsel die parlamentarische Demokratie in den Erinnerungen der Menschen nicht mehr verankert war. Darüber hinaus wiesen der Südkaukasus und das Baltikum beim Um- und Neubau der staatlichen Institutionen *unterschiedliche* Staatsentwicklungsdynamiken auf. Im Prozess der Verfassungsgebung orientierten sich die baltischen Staaten an der eigenen Geschichte und entschieden sich für starke parlamentarische Regierungssysteme, die südkaukasischen Republiken hingegen etablierten Regime mit starken Staatspräsidenteninstitutionen. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Institutionalisierungsphase gingen die Balten langsam zur Konsolidierung ihrer Demokratien über. Im Falle der südkaukasischen Republiken blieb der

Demokratisierungsprozess auf der Strecke. Die territorialen Konflikte im Südkaukasus führten zu Kriegen, innenpolitischen Instabilitäten, (Militär-) Putschen und zur Rückkehr der alten Eliten an die Macht. Der Übergang vom alten zum neuen Regime und die Etablierung der neuen Regierungssysteme wurden von einer Reautoritarisierung der Staaten in der Region begleitet. In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, die kausalen Zusammenhänge der unterschiedlichen Entwicklungen im Baltikum und im Südkaukasus herauszufinden und vergleichend zu analysieren.

Im Kapitel 5 wird daran anknüpfend analysiert, warum sich, mit Ausnahme des Baltikums, der Südkaukasus und alle anderen GUS-Staaten zu einem Raum entwickelt haben, in dem die Systemtransformation in Richtung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bislang scheiterte und stattdessen »hybride« Regime entstanden. Was war der Grund für die rasche Konsolidierung der baltischen Staaten und für die Reautokratisierung der politischen Systeme in den südkaukasischen Republiken? Dabei wird auf die Diskussion um die Dichotomie von verschiedenen Regierungssystemtypen (Parlamentarismus vs. Präsidentialismus), auf die Etablierung oder das Scheitern der Demokratisierungsprozesse in den neu entstandenen Staaten zurückgegriffen. Zwei unterschiedliche Regierungsformen, politische Entwicklungsprozesse und der Stand der Demokratie im Baltikum und im Südkaukasus werden anhand der vier Merkmale Herrschaftslegitimation, Herrschaftsausübung, Herrschaftsstruktur und Herrschaftsumfang miteinander verglichen (Rüb 2002: 105f.).

Im letzten Kapitel geht es darum, die Frage zu beantworten, welcher Zusammenhang zwischen der internen Verfasstheit und der internationalen Politik besteht. Es wird geklärt, inwieweit die These zutrifft, dass die Chance auf eine Stabilisierung demokratischer Systeme umso höher ist, je demokratischer die Nachbarstaaten und die Regionalmächte sind. Denn die demokratischen Staaten haben ein Interesse daran, dass die Stabilisierung von Demokratien in ihrem unmittelbaren geografischen Umfeld voranschreitet und die Konflikte in diesen Regionen minimiert werden.

Abschließend sollen einerseits die Ursachen und Zusammenhänge bezüglich der Tatsache dargestellt werden, dass die baltischen Staaten als einzige ehemalige Sowjetrepubliken sowohl der EU als auch der NATO beigetreten sind, während andererseits der Frage nachgegangen wird, warum die Demokratisierung in den südkaukasischen Staaten stagnierte.

2 Theoretisch-analytische Grundlagen

In diesem Kapitel sollen der Forschungsgegenstand strukturiert und entsprechende Erklärungshypothesen bezüglich der wissenschaftlichen Problemstellung gebildet werden (Lauth/Winkler 2010: 44). Hypothesen helfen bei der Rekonstruktion der abhängigen und unabhängigen Variablen, die auf die Problemursachen und den kausalen Zusammenhang zwischen beiden Variablen abzielen. Dabei sollen die als mögliche Hypothesen für bestimmte Erklärungen in Betracht gezogenen Variablen einer Theorie zugrunde liegen. Durch die Theoriebildung wird versucht, mit möglichst wenigen Variablen mehr Phänomene erklärbar zu machen. Die Theorien bzw. Kontexttheorien ermöglichen, in allgemeiner Form den Forschungsgegenstand zu strukturieren und den Blick auf bestimmte Zusammenhänge zu richten (Lauth u.a. 2015: 5, 256f.).

2.1 Historischer Neoinstitutionalismus

Der Neoinstitutionalismus entstand als eine Gegenreaktion zur in den 1960er und 1970er Jahren übermächtigen Behaviorismus-Bewegung in der US-amerikanischen komparativen Politik- und Systemforschung, welche die Akteurpräferenzen ins Zentrum der politischen Analyse rückte. Durch die Erklärung der Interessen und des Verhaltens der Akteure versuchte der Behaviorismus, ein Modell der rationalen Handlungstheorie zu entwickeln, das in den Sozialwissenschaften der 1970er und 1980er Jahre dominierte. Anfang der 1980er Jahre erlebte die vergleichende Politikwissenschaft ihre Rückbesinnung auf den Stellenwert der staatlichen Institutionen (Thelen/Steinmo 1992; Hall/Taylor 1996). Dabei wird der Neoinstitutionalismus nicht als Alternative zum Behaviorismus gesehen, sondern baut auf diesen auf (Kaiser 2001: 270). An den behavioralistischen

Theorien wurden vor allem deren reduktionistische und utilitaristische Erklärungsansätze kritisiert, die Folgendes übergangen: »[...] social, political, and economic institutions have become larger, considerably more complex and resourceful, and prima facie more important to collective life« (March/Olsen 1984: 734).

Mit Arbeiten wie *Bringing the State Back in* (Evans u.a. 1985) oder später *Rediscovering institutions* (March/Olsen 1989) kehrte der Staat als politikbestimmender Faktor im Rahmen des Neoinstitutionalismus auf die Bühne der sozialwissenschaftlichen Forschung zurück. Der historische Institutionalismus ist hierbei ein wichtiges Element dieser Wende, weil er die Institutionen neu rekonzeptualisierte. Durch die Wiederentdeckung der Institutionen seitens des Neoinstitutionalismus erlebte die Systemtheorie eine Renaissance. Der *neue* Institutionalismus versucht, im Gegensatz zum *alten*, die unterschiedlichen Merkmale der beiden miteinander konkurrierenden Ansätze, die des systemtheoretischen und des akteurzentrierten, zu berücksichtigen, indem er neben den formellen auch informelle Institutionen in sein Erklärungsmodell miteinbezieht (Lauth/Thierry 2012: 272; Thelen/Steinmo 1992: 2ff.).

Innerhalb der neoinstitutionellen Ansätze werden die Institutionen nicht als das einzige Erklärungsmerkmal der politischen Strukturen oder des Systemwandels gesehen, sondern multikausale Zusammenhänge betrachtet. Der Neoinstitutionalismus besteht aus »einer vielfältigen Mixtur theoretischer Elemente und Methoden« (Beyme 2000: 106) und untergliedert sich in drei Strömungen, die sich parallel zueinander entwickelt haben: der *Rational-Choice*-Institutionalismus, der soziologische Neoinstitutionalismus und der historische Neoinstitutionalismus (Hall/Taylor 1996). Obwohl jeder Ansatz den Institutionen unterschiedliche Definitionen und Interpretationen zuschreibt, gehen alle drei Strömungen von der entscheidenden Rolle der Institutionen aus (Pollack 2009: 125).

Der *Rational-Choice*-Institutionalismus kann als akteurzentriert bezeichnet werden, wobei er die Institutionen vor allem als abhängige Variable(n) konstruiert und eine aggregative Institutionenbildung durch nutzenmaximierende Individuen darstellt (March/Olsen 1989: 119ff.; Morisse-Schilbach 2012: 226f.). Im *Rational-Choice*-Ansatz wird dem Akteur die einem mikroökonomischen Ansatz entsprechende Rolle eines Homo Oeconomicus zugeschrieben (Schulze 1997: 9). Die Institutionen werden als das Resultat der Handlungen der Individuen verstanden, die zu deren Entstehung und Wandel beitragen und die das Ziel verfolgen, Gewinne zu erzielen

(Kaiser 2001: 262). Außerdem bilden die Institutionen bestimmte Regeln aus, in deren Rahmen die Akteure agieren (Thelen/Steinmo 1992: 9). Diese institutionellen Rahmenbedingungen bestimmen die Handlungsstrategien der Individuen, und umgekehrt sind die Funktionsfähigkeit und die Stabilität der Institutionen von den Entscheidungen der Akteure abhängig (Schulze 1997: 9).

Der *soziologische* Institutionalismus ist die zweite Strömung innerhalb des Neoinstitutionalismus. Hier werden die werte- und normenorientierten Institutionen zu Orientierungspunkten für das Handeln der Akteure (Hall/Taylor 1996: 946f.; Pollack 2009: 126f.). Im Gegensatz zum *Rational-Choice*-Ansatz, bei dem sich die Handlungsstrategien der Akteure an einer *Logic of Consequentialism* (March/Olsen 1989: 943) orientieren, stützt sich der soziologische Institutionalismus auf eine *Logic of Appropriateness* als wichtigste Erklärungsvariable (Risse 2009: 159). Den Institutionen werden im soziologischen Ansatz, neben den formalen und informalen Funktionen, auch Normen, Werte, kognitive Muster und Moralvorstellungen zugeschrieben. Der soziologische Institutionalismus fokussiert sich in seiner These auf die Institutionen, die als eine Art Drehkreuz zwischen Ideen und Verhaltensstrukturierungen fungieren (Hall/Taylor 1996; Kaiser 2001: 263). Dabei determinieren die Institutionen nicht nur das Verhalten und die Handlungen der Individuen, sondern konzipieren auch deren Identität. Daraus ergibt sich, dass die Interessen der Individuen nicht durch exogene Faktoren bestimmt werden, sondern innerhalb der Institutionen zustande kommen und sich dort wandeln (Powell/DiMaggio 1991: 11). Die jeweiligen Verhältnisse zwischen den Institutionen und den Akteuren beruhen auf Wechselseitigkeit: Einerseits bestimmen die Institutionen die Handlungen der Akteure, andererseits stabilisieren die Individuen die Institutionen, indem sie die Spielregeln akzeptieren (Csigó 2006: 52).

Der *historische* Institutionalismus vereint einige Merkmale in sich, die sowohl dem *Rational-Choice*- als auch dem soziologischen Institutionalismus entlehnt sind und verortet sich somit als eine Zwischenposition innerhalb der Strömungen des Neoinstitutionalismus. Der historische Institutionalismus bezieht sich auf das wechselseitig aufeinander wirkende Verhältnis zwischen Akteuren und Institutionen und macht die Zeitdimension bzw. die historische Entwicklungsperspektive zur Variable innerhalb des eigenen Erklärungsansatzes (Kaiser 2001: 263; Morisse-Schilbach 2012: 227; Lauth/Thiery 2012: 272). Die Grundidee des historischen Institutionalismus ist die Historizität von Institutionen an sich, die besagt, dass »[...] in

der Vergangenheit getroffene politische Entscheidungen, geschaffene Institutionen [...] in die Gegenwart hineinwirken« (Mayntz 2002: 27) – dass »history matters« (North 1990: 100). Der historische Ansatz interpretiert den Institutionenbegriff in einem weiteren Kontext »[...] as the formal or informal procedures, routines, norms and conventions embedded in the organizational structure of the polity or political economy. They can range from the rules of a constitutional order or the standard operating procedures of a bureaucracy to the conventions governing trade union behavior or bank-firm relations. In general, historical institutionalists associate institutions with organizations and the rules or conventions promulgated by formal« (Hall/Taylor 1996: 938). Die Institutionen erfüllen hierbei nicht eine Funktion der Handlungsbeschränkung, sondern gelten eher als Determinanten für die Präferenzbildung (Csigó 2006: 44). Die politischen Strategien, die Ziele und individuellen bzw. kollektiven Präferenzen werden durch den institutionellen Rahmen bestimmt, der im historischen Ansatz als »Endogenisierung der Präferenzbildung« interpretiert wird (Schulze 1997: 20f.).

Im historischen Institutionalismus werden vier zentrale Merkmale hervorgehoben (Hall/Taylor 1996: 938ff.): Erstens ist das Verhältnis zwischen den Institutionen und dem individuellen Verhalten sehr weit konzipiert (Lauth/Thiery 2012: 272). Zweitens spielen die Machtasymmetrien bei der Bildung und beim Aufbau von Institutionen eine entscheidende Rolle. Die Macht unter den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen wird ungleichmäßig verteilt (Steinmo 1993: 7f.). Drittens neigt der historische Institutionalismus dazu, einen Blick auf die institutionelle Entwicklung zu haben, welche die Pfadabhängigkeit und unbeabsichtigte Folgen betont. Die Institutionenentwicklung und ihr Wandel werden im historischen Ansatz durch die Pfadabhängigkeit (Krasner 1984) und durch die nicht intendierten Konsequenzen erklärt. Die Pfadabhängigkeit entsteht aus den anfänglichen Institutionalisierungsentscheidungen der Akteure, die über einen längeren Zeitraum hinweg einen Entwicklungspfad kreiert haben, der aber wiederum zu einem späteren Zeitpunkt durch die *critical junctures* (kritische Augenblicke, institutionelle Weichenstellung) (Collier/Collier 1991) unterbrochen werden kann. Schließlich werden bei der Institutionenanalyse weitere Faktoren, wie Ideen, Überzeugungen und die gesellschaftlichen und situativen Entwicklungen, mitberücksichtigt (Hall/Taylor 1996). Die Entstehung und die Weiterentwicklung der Institutionen innerhalb eines zeitlichen Aspektes sind entscheidend im historischen Institutionalismus.

In der Transformationsforschung wird, wie oben bereits erwähnt, bei der Erklärung der unterschiedlichen Entwicklungsabläufe auf das Konzept der Pfadabhängigkeit zurückgegriffen. Es ist von entscheidender Bedeutung, die grundlegenden staatlichen Wandlungsprozesse innerhalb eines historischen Kontexts und Zeitabschnitts zu analysieren. Dies deckt sich mit dem Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit, in der unterschiedliche Transformationsszenarien im Baltikum und Südkaukasus bei ähnlichen Ausgangssituationen untersucht werden.

2.2 Pfadabhängigkeit

Das Konzept der Pfadabhängigkeit gehört zur entscheidenden analytischen Kategorie des historischen Institutionalismus. Sie ermöglicht der historisch orientierten, komparatistischen Forschung, durch verschiedene Modelle die temporal bestimmten, komplizierten und multikausalen Wirkungszusammenhänge zu erklären. Beim historischen Institutionalismus werden die voneinander abgrenzbaren politischen Prozesse in einer Zeitdimension miteinander verknüpft. Dabei geht es nicht um die Geschichte an sich, sondern um »placing politics in time« (Pierson 2004: 2–60). Die historische Kontextgebundenheit und der zeitliche Ablauf werden während der Transformationsprozesse als entscheidender Einflussfaktor wahrgenommen, wobei sich beide in der Theorie über das Phänomen der Pfadabhängigkeit erklären lassen. Das Konzept der Pfadabhängigkeit geht davon aus, dass die gegenwärtige Stabilität der Institutionen oder die politische Kontinuität auf in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen zurückgeht. Levi versucht, in den Begriff der Pfadabhängigkeit auch den sozialen Wandel und dessen Richtung hineinzuinterpretieren:

»Path dependence has to mean, if it is to mean anything, that once a country or region has started down a track, the costs of reversal are very high. There will be other choice points, but the entrenchments of certain institutional arrangements obstruct an easy reversal of the initial choice. Perhaps the better metaphor is a tree, rather than a path. From the same trunk, there are many different branches and smaller branches. Although it is possible to turn around or to clamber from one to the other – and essential if the chosen branch dies – the branch on which a climber begins is the one she tends to follow.« (Levi 1997: 28)

In Bezug auf die Bildung von Institutionen beinhaltet das Konzept der Pfadabhängigkeit eine stabile Etablierung der Institutionen, die entlang eines eingeschlagenen Pfades verläuft. Nach der getroffenen Entscheidung für eine Entwicklungsrichtung verstärkt sich die Pfadabhängigkeit in der zeitlichen Sequenz. Im Zusammenhang mit der pfadabhängigen Entwicklung sind aus theoretischer Perspektive drei Phasen von zentraler Bedeutung (Pierson 2000a: 76): Die Entwicklung beginnt mit dem historischen Zeitfenster (*critical juncture*) – im Falle dieser Arbeit kann der Zerfall der Sowjetunion als *critical juncture* bezeichnet werden, der beiden Regionen, sowohl dem Baltikum als auch dem Südkaukasus, ermöglichte, einen neuen Pfad einzuschlagen. In der zweiten Phase wird die pfadabhängige Sequenz in Gang gesetzt, die eng mit der Reproduktion der Selbstverstärkungsmechanismen verbunden ist. Dabei wird jene Phase der Pfadabhängigkeit eingeleitet, die durch Konzepte wie *increasing returns*, *self-reinforcing sequences* oder *positive feedback processes* geprägt wird (Pierson 2004). Die Institutionen, die mithilfe der *increasing returns* und der positiven Feedbacks stabilisiert werden, entwickeln ein lang anhaltendes Beharrungsvermögen, sodass wiederum die selbstreproduktive Machtbalance durch exogene oder endogene Schocks geändert wird. Dies führt zur erneuten institutionellen Weichenstellung (*critical juncture*). Dabei kann aufgrund robuster Reproduktionsmechanismen ein tiefgreifender Systemwechsel ausbleiben und die Institutionen können nach ein wenig Strukturanpassung zu der alten Pfadabhängigkeit zurückkehren (Lehmbruch 2002: 16).

Die Institutionenbildung beginnt in der Phase des historischen Zeitfensters (*critical juncture*). Diese Phase ist ein Zeitpunkt der Wahl (*choice point*), an dem die alternativen Optionen relativ offen sind. Der institutionelle Entwicklungspfad kann verschiedene Wege einschlagen (Collier/Collier 1991: 29f.). Die Ausgangsbedingungen, unter denen Institutionen gebildet werden, können komplett anders als die Gegebenheiten in der Reproduktionsphase sein. Deswegen sollten beide Phasen auch unabhängig voneinander unter Einbeziehung der unabhängigen und abhängigen Variablen untersucht werden.

Zunächst soll die Reproduktionsphase des institutionellen Pfades analysiert werden. Die pfadabhängige Entwicklung zeichnet sich dadurch aus, dass »die Strukturen, die in einer eigentümlichen historischen Ausgangssituation entstanden sind, in der Folge dazu tendieren, sich selbst zu reproduzieren« (Lehmbruch 2002: 13). Der eingeschlagene Pfad der Institutionenbildung wird durch selbstverstärkende Mechanismen im zeitlichen Ablauf fester

etabliert, was dann zu einer positiven Rückkoppelung zwischen den Strukturen und den Akteurpräferenzen führt. Pierson entwickelte vier Merkmale der Selbstverstärkungsmechanismen, die für eine pfadabhängige Institutionenentwicklung von entscheidender Bedeutung sind: *Unvorhersehbarkeit*, *Inflexibilität*, *Nonergodicity*, *eine mögliche Pfadineffizienz* (Arthur 1994: 112, zit.n. Pierson 2000: 253). In der Anfangsphase einer neuen Pfadentwicklung ist schwer vorherzusagen, welche Ziele am Ende erreicht werden. Während in der Anfangsphase einer pfadabhängigen Entwicklung eine Umorientierung oder ein Pfadwechsel aufgrund des Fehlens etablierter Institutionalisierung vergleichsweise einfach ist, werden die alternativen Entwicklungsmöglichkeiten mit dem Zeitverlauf des neubestehenden Pfades immer weiter eingeschränkt oder sind mit hohen Kosten verbunden (Pierson 2000: 252; Pierson/Skocpol 2002: 699ff.). In Bezug auf das Institutionendesign und dessen Entwicklung führt dies zu einem *lock-in*-Effekt: Je weiter dem Pfad gefolgt wurde, desto schwieriger wird es, sich umzuorientieren, d.h. den Pfad zu verlassen und einen neuen Kurs einzuschlagen.

Das dritte Merkmal, die *Nonergodicity*, bedeutet, dass auch kleine Ereignisse in einer früheren Sequenz große Effekte auslösen können; deswegen sollten sie nicht vernachlässigt werden. Unter dem letzten Kriterium, *einer möglichen Pfadineffizienz*, wird ein Phänomen beschrieben, das zeigt, wie am Ende des eingeschlagenen Pfades weniger positives Feedback aufkommt als eine mögliche Alternative hervorgebracht hätte. Ein Beispiel für eine mögliche Pfadineffizienz könnte in einer Transitionsphase das Scheitern der Demokratisierungsprozesse und die Etablierung eines autoritären Regimes sein.

Eine Pfadabhängigkeit tritt in ein Stadium der selbstverstärkenden Prozesse über, nachdem eine positive Rückkoppelung zwischen dem Akteurverhalten und den Institutionen entstanden ist. Diese kommt erst dann zustande, wenn die Akteure ein Interesse entwickeln, einem bestimmten Entwicklungspfad zu folgen. Dabei wurden vier politische Faktoren genannt, die die Selbstverstärkungsmechanismen einer institutionellen Pfadentwicklung prägen (Pierson 2000: 257; 2004: 30f.): *Das kollektive Handeln* löst aufgrund der hohen Gründungskosten die selbstverstärkenden Mechanismen in der Politik aus. Deswegen überdauern die Institutionen eine lange Zeit, sofern sie einmal errichtet wurden. Ein Beispiel des kollektiven Handelns kann die Gründung einer Partei sein, die wiederum auf dem Vertrauen der individuellen Akteure basiert. Innerhalb eines politischen Systems existiert zweitens eine *Dichte* an formalen und informalen *institutio-*

nellen Arrangements, die durch einen hohen Grad an Komplexität, Vernetzung und Regelungsdichte miteinander verbunden sind. Außerdem wirkt das Spannungsverhältnis zwischen Institutionen und Akteuren wegen der unterschiedlichen Zeitdimensionen stabilisierend auf die Institutionen. Die Institutionen selbst sind auf Kontinuität und Stabilität angelegt und können nicht leicht geändert werden, während die Mandatierung der politischen Akteure von Wahl zu Wahl zeitlich beschränkt ist (Pierson 2000a: 78f.). Sie agieren im Rahmen des kurzfristigen Ziels mit der Hoffnung, wiedergewählt zu werden. Die bestehenden Institutionen prägen deswegen die Akteure und bestimmen deren Handlungsrahmen, der die pfadabhängige Selbstreproduktion von Institutionen verstärkt. Die ständige Änderung der Akteurkonstellation erschwert den Wechsel des bereits einmal eingeschlagenen Pfades (Pierson 2004: 30ff.). Ein weiterer selbstverstärkender Faktor des institutionellen Pfades ist die *Nutzung* der zur Verfügung stehenden *Macht und Autorität für den Ausbau der Machtasymmetrien*. Die Institutionen spiegeln das Ergebnis der politischen Machtverteilung zwischen den Akteuren wider (Thelen 1999: 392). »Positive feedback over time simultaneously increases power asymmetries and renders power relations less visible« (Pierson 2000: 259). Die Akteure, die in der Anfangsphase der Institutionenbildung beteiligt waren, können die Machtstrukturen bei der Institutionalisierung bzw. Verfassungsgebung im eigenen Interesse aufbauen. Im Laufe der Zeit können die Machtasymmetrien auf Kosten der Unterdrückung der politischen Konkurrenz verstärkt werden. Die Profiteure ungleicher Machtverteilung können ihre Machtressourcen für die selbstverstärkende und pfadabhängige Entwicklung und Kontinuität der politischen Entwicklung einsetzen. Die Verlierer verschwinden nicht, sondern agieren in den gegebenen Rahmenbedingungen und warten auf eine neue Phase der Machtverteilung (Thelen 2003: 232). Schließlich begünstigen die *Komplexität* und die *Undurchsichtigkeit* des politischen Systems die pfadabhängige Selbstreproduktion. Die politischen Akteure verfolgen eine Reihe von unterschiedlichen Zielen, was wiederum erschwert, wichtige Aspekte der Politik zu beobachten. Wenn ein politisches System nicht funktioniert, ist es schwierig zu bestimmen, welche Elemente in den hochkomplexen politischen Systemen verantwortlich sind und welche Anpassungen zu besseren Ergebnissen führen würden. Die Komplexität der Ziele der Politik sowie die losen und diffusen Zusammenhänge zwischen Handlungen und Ergebnissen machen die Politik inhärent, vieldeutig und unklar. Viele politische Akteure (Wähler, Mitglieder von Interessengrup-

pen) engagieren sich nur sporadisch. Ihre Handlungsinstrumente sind oft grob und ihre Handlungen haben nur dann Konsequenzen, wenn sie aggregiert werden. Es kann lange Verzögerungen und komplexe Kausalketten geben, die diese politischen Aktionen mit politischen Ergebnissen verbinden (Pierson 2000: 259ff.).

2.3 Kontinuität und Wandel von Pfadabhängigkeit

Obwohl Pierson das Konzept der Pfadabhängigkeit auf die Politikwissenschaft zu übertragen versucht, orientiert er sich bei der Erklärung der selbstverstärkenden Mechanismen des eingeschlagenen Pfades stark an wirtschaftswissenschaftlichen Ansätzen. Dabei wurden die selbstverstärkenden Mechanismen der Pfadabhängigkeit und die Stabilität der Institutionen betont, während der Pfadwechsel und die institutionellen Wandlungsprozesse vernachlässigt worden sind (Thelen 2000; 2003; 2004). Zwischen den Mechanismen, die zur Reproduktion von Pfaden beitragen, und den Faktoren, die einen Pfadwechsel auslösen, besteht eine Verbindung, die vom historischen Institutionalismus lange ignoriert wurde: »The link between the critical junctures literature (on institutional formation) and the feedback literature (on institutional reproduction) is thus clear: knowing how institutions were constructed provides insights into how they might come apart« (Thelen 1999: 400). Deswegen ist es wichtig, die pfadstabilisierenden und pfadwechselnden Faktoren in der Analyse zu verknüpfen. Mahoney entwickelt vier Ansätze, um die Reproduktion von Institutionen, die als Selbstverstärkungsmechanismen agieren, zu erklären: *Utilitarismus*, *Funktionalismus*, *Macht* und *Legitimation* (Mahoney 2000: 517f.). Mahoneys Konzept ist für die vergleichende Politikwissenschaft attraktiv, da er neben den selbstverstärkenden Mechanismen, die zur Stabilität und Kontinuität der Institutionen führen, auch den Übergangshinweis zur dritten Phase bzw. zum Prozess des institutionellen Wandels oder Pfadwechsels entwickelt.

Abbildung 1: Typologie der pfadabhängigen Erklärungen von institutioneller Reproduktion

	Utilitaristische Erklärung	Funktionalistische Erklärung	Machtpolitische Erklärung	Legitimatorische Erklärung
Reproduktionsmechanismen	Die Institution wird durch die Kosten-Nutzen-Rechnung der Akteure reproduziert	Die Institution wird reproduziert, weil sie eine Funktion in einem übergeordnetem System besitzt	Die Institution wird reproduziert, weil sie von einer Gruppe elitärer Akteure unterstützt wird	Die Institution wird reproduziert, weil Akteure glauben, dass sie moralisch angemessen ist
Mögliche institutionelle Charakteristika	Die Institution ist weniger effizient als verfügbare Alternativen	Die Institution ist weniger funktionell als verfügbare Alternativen	Die Institution ermächtigt eine Elitegruppe, die zuvor untergeordnet war	Die Institution stimmt mit den Werten der Akteure weniger überein als verfügbare Alternativen
Mechanismen des Wandels	Wachsender Wettbewerbsdruck; Lernprozesse	Exogene Schocks, die die Bedürfnisse des Systems verändern	Schwächung von Eliten und Erstarren untergeordneter Gruppen	Änderung der subjektiven Wertvorstellungen der Akteure

Quelle: Mahoney (2000: 517)

Laut *utilitaristischer* Erklärung entstehen die Institutionen erst dann, wenn sie den Interessen der Akteure entsprechen. North verallgemeinert die utilitaristische Logik der institutionellen Reproduktion in Hinblick auf den Nutzen von Lerneffekten, Koordinationseffekten und adaptiven Erwartungen sowie auf die Kosten, die durch hohe Investitionen entstehen (North 1990: 94). In einem utilitaristischen Rahmen tritt der institutionelle Wandel erst dann auf, wenn es nicht mehr im Eigeninteresse der Akteure begründet liegt, eine bestimmte Institution zu reproduzieren. Ausgehend von der Logik des Marktes betonen die utilitaristischen Theoretiker oft, wie sich ein höherer Wettbewerbsdruck auf eine institutionelle Transformation auswirkt. Außerdem werden auch Lernprozesse hervorgehoben, die rationalen Akteuren dabei helfen, negative Konsequenzen in der Zukunft zu antizipieren, und sie ermutigen, kurzfristige Kosten zu absorbieren und sie zu einem Pfadwechsel in der Gegenwart zu bewegen. Diese Lernprozesse können durch *change agents* erleichtert werden. Dies sind Akteure mit einer ungewöhnlich klaren Vorstellung von den künftigen Herausforderungen und mit einer hohen Neigung zum Wandel (Mahoney 2000). Die selbstverstärkenden Mechanismen der Institutionen werden im *funktionalistischen* Ansatz aufgrund ihrer funktionalen Konsequenzen (z.B. Integration,

Adaption, Überleben) für ein größeres System erklärt, in dem die Institutionen eingebettet sind. Funktionalistische Erklärungen basieren auf selbstregulierenden Systemen, und so erfordert der institutionelle Wandel in der Regel einen exogenen Schock. Der äußere Faktor übt Druck auf das Gesamtsystem aus, in welchem die gegebene institutionelle Funktion veraltet ist und sich das System durch den Institutionenwechsel an die neue Umweltsituation anpassen soll (ebd.).

Genauso wie die utilitaristische geht die *machtbasierte* Erklärung davon aus, dass die selbstverstärkenden Prozesse das Ergebnis der Akteurentscheidungen sind, indem sie Kosten und Nutzen abwägen. Dies führt zu einer ungleichmäßigen Verteilung der Macht und der Interessen unter den Akteuren (Pierson 2000: 259). Die Akteure mit unterschiedlichen Ressourcenvermögen und Interessen konkurrieren während der institutionellen Reproduktion. Dadurch entstehen als Folge der institutionellen Reproduktion Gewinner und Verlierer. Die Institutionen ermächtigen zunächst eine bestimmte Gruppe gegenüber der anderen. Die bevorzugte Gruppe nutzt ihre zusätzliche Macht, um die Institution zu erweitern. Diese Erweiterung der Institution erhöht wiederum die Macht der begünstigten Gruppe (Thelen 1999: 384ff.). Wenn vorläufige Ereignisse kontingent sind, kann eine pfadabhängige Sequenz eingeschlagen werden. Die machtbasierten Erklärungsansätze gehen davon aus, dass die institutionelle Reproduktion ein Konfliktprozess ist, in welchem bedeutende Gruppen durch eine institutionelle Beharrlichkeit benachteiligt werden. Durch das Vorhandensein dieses Konfliktpotenzials wird eine Dynamik der denkbaren Veränderung in die Institutionen eingebaut, auch wenn eine Dynamik der Selbstverstärkungsmechanismen die Institutionen erst charakterisiert. Machtbasierte Institutionen können sich bis zu einem bestimmten kritischen Schwellenwert reproduzieren, wobei die Selbstverstärkung den inhärent konflikthafte Aspekte der Institution und schließlich dem institutionellen Wandel weicht. Ein Wandel im Pfad bzw. ein Pfadwechsel wird eher durch endogene Faktoren ausgelöst (Thelen 2009: 489f.).

In der *legitimatorischen* Erklärung richtet sich die institutionelle Reproduktion nach den subjektiven Orientierungen und nach dem Glauben der Akteure an das, was angemessen oder moralisch richtig ist (Thelen 1999: 387). Die institutionelle Reproduktion erfolgt, weil die Akteure eine Institution als legitim ansehen und sich damit freiwillig für ihre Reproduktion entscheiden. Der Glaube an die Legitimität einer Institution kann von der aktiven moralischen Zustimmung bis zum stillschweigenden Einverständ-

nis im Angesicht des Status quo reichen. Die Akteure entscheiden sich nicht aus utilitaristischer Rationalität, Systemfunktionalität oder Interessen der Machtelite, die Institutionen zu reproduzieren, sondern aus der Überzeugung, das Richtige zu tun. Die zunehmenden Legitimationsprozesse sind durch einen positiven Rückkopplungszyklus gekennzeichnet, indem ein anfänglicher Präzedenzfall die Basis für zukünftige Entscheidungen über das Richtige bildet. Infolgedessen tritt ein vertrauter Zyklus der Selbstverstärkung auf: Die Institution, die anfänglich begünstigt wird, setzt einen Maßstab für die Legitimität; diese Institution wird reproduziert, weil sie als legitim angesehen wird; und die Reproduktion der Institution verstärkt ihre Legitimität (Mahoney 2000: 523f.). Die Vielfalt der kognitiven Rahmenbedingungen, die in einer Gesellschaft vorherrschen, kann eine institutionelle Transformation hervorrufen und eine Grundlage für die Akteure darstellen, um neue subjektive Bewertungen und Moralkodexe in Bezug auf die Angemessenheit einer Sache oder Ansicht zu übernehmen. Die Legitimität einer bestimmten Institution kann verloren gehen und ersetzt werden, wenn die Ereignisse ihre kraftvolle Gegenüberstellung mit einer alternativen, gegenseitig inkompatiblen Konzeptualisierung bewirken. Abhängig von der spezifischen institutionellen Frage können die Ereignisse, die solche Veränderungen der subjektiven Wahrnehmungen auslösen – und damit die Legitimität ablehnen –, mit dem strukturellen Isomorphismus der rationalisierten Mythen, dem Rückgang der institutionellen Wirksamkeit oder Stabilität sowie der Einführung neuer Ideen durch politische Führer verbunden sein. Im legitimatorischen Erklärungsansatz resultiert die institutionelle Transformation also aus einer Veränderung der subjektiven Überzeugungen bzw. Präferenzen der Akteure und nicht aus der Veränderung der Machtverteilung oder der Veränderung der Nutzenfunktionen der Akteure, die als ständige Präferenzen angenommen werden (Mahoney 2000: 525).

2.4 Institutionenwandel und *Critical Junctures*

Der historische Institutionalismus basierte lange Zeit auf dem Konzept der Pfadabhängigkeit, das sich auf die Erklärung der institutionellen Kontinuität konzentrierte und den Pfadwechsel selbst konzeptionell außer Acht ließ (Thelen 1999: 385). Dabei griff der historische Institutionalismus, um den

institutionellen Wandel erklären zu können, auf das Konzept der *critical junctures* zurück. Eine weitere Kritik am historischen Institutionalismus war, dass er versucht, die exogenen Faktoren als einzigen Auslöser eines institutionellen Pfades zu konzeptualisieren. Hall und Taylor bemerken hierzu: »The principal problem here, of course, is to explain what precipitates such critical junctures, and, although historical institutionalists generally stress the impact of economic crisis and military conflict, many do not have a well-developed response to this question« (Hall/Taylor 1996: 942). Pierson plädiert ebenfalls dafür, dass der institutionelle Wechsel durch exogene Ereignisse ausgelöst wird. In den neueren Analysen werden auch die endogenen und inkrementellen Faktoren in die Expertise des historischen Institutionalismus miteinbezogen, die dann einen institutionellen Pfadwechsel hervorrufen können (Thelen 1999; Mahoney/Thelen 2010). Eine der verbreitetsten Thesen der endogenen Wandelauslöser ist der machtbasierte Ansatz Mahoneys, der besagt, dass eine unverhältnismäßige Machtverteilung einen Pfadwechsel befördert (Mahoney 2000). Eine weitere These geht davon aus, dass die Akteure aufgrund des abnehmenden Nutzens (*decreasing returns*) kein Interesse mehr daran haben, einen alten Pfad aufrechtzuerhalten (Deeg 2001: 11ff.).

Eine institutionelle Gleichgewichtsstörung innerhalb eines politischen Systems führt zu einem Pfadwandel. Die Änderungen können sowohl endogene als auch exogene Prozesse verursachen, die eng miteinander verbunden sind. Ein Pfadwechsel wird erst dann ausgelöst, wenn die selbstverstärkenden Mechanismen nicht mehr imstande sind, die Funktionalität und die Legitimität der Institutionen zu gewährleisten. Dies wird entweder von den Akteuren innerhalb der herrschenden Elite, die auf die Verbesserung ihrer Lage hoffen, oder von oppositionellen Gruppen in die Wege geleitet. Ein Pfadwechsel sollte klar von einem institutionellen Wandel unterschieden werden. Denn die Institutionen können auch innerhalb eines andauernden institutionellen Pfades reformiert und verändert werden. Eine neue Pfadabhängigkeit entsteht erst dann, wenn »die Anreizstrukturen für die zentralen Akteure sowie die Muster ihrer strategischen Interaktionen innerhalb des politischen Systems« neu definiert wurden (Csigó 2006: 146). Bei einem Pfadwechsel findet eine Kurskorrektur des gesamten politischen Systems statt (Deeg 2001: 14).

Die *critical junctures* werden als Verzweigungspunkt bzw. als ein kurzfristiges historisches Zeitfenster verstanden, wobei ein alter institutioneller Pfad durch einen neuen ersetzt und so die Chance auf einen institutionel-

len Richtungswechsel und eine demokratische Konsolidierung gegeben wird. Collier und Collier beschreiben die *critical juncture* folgendermaßen: »A critical juncture may be defined as a period of significant change, which typically occurs in distinct ways in different countries [...] and which is hypothesized to produce distinct legacies« (Collier/Collier 1991: 29). Dabei wird versucht, die unterschiedlichen Ausgangskontexte in den verschiedenen Staaten und dementsprechend auch die unterschiedlichen politischen Ergebnisse hervorzuheben. Für Hall und Taylor sind bei einer Definition der *critical juncture* die Faktoren wichtig, die einen Pfadwechsel verursachen: »[...] moments when substantial institutional change takes place thereby creating a branching point from which historical development moves onto a new path« (Hall/Taylor 1996: 942). Die *critical junctures* und die Pfadabhängigkeit postulieren ein duales Modell der institutionellen Entwicklung, in welchem über längere Zeit hinweg eine andauernde, pfadabhängige und institutionelle Stabilität bzw. Reproduktion durch eine kurzfristige institutionelle Weichenstellung unterbrochen wird. In kurzen Zeitabschnitten entstandene »window of opportunity for action« (Ebbinghaus 2005: 15) ermöglichen es, einen neuen Pfad einzuschlagen:

»[...] critical junctures are characterized by a situation in which the structural (that is, economic, cultural, ideological, organizational) influences on political action are significantly relaxed for a relatively short period, with two main consequences: the range of plausible choices open to powerful political actors expands substantially and the consequences of their decisions for the outcome of interest are potentially much more momentous. Contingency, in other words, becomes paramount.« (Capoccia/Kelemen 2007: 343)

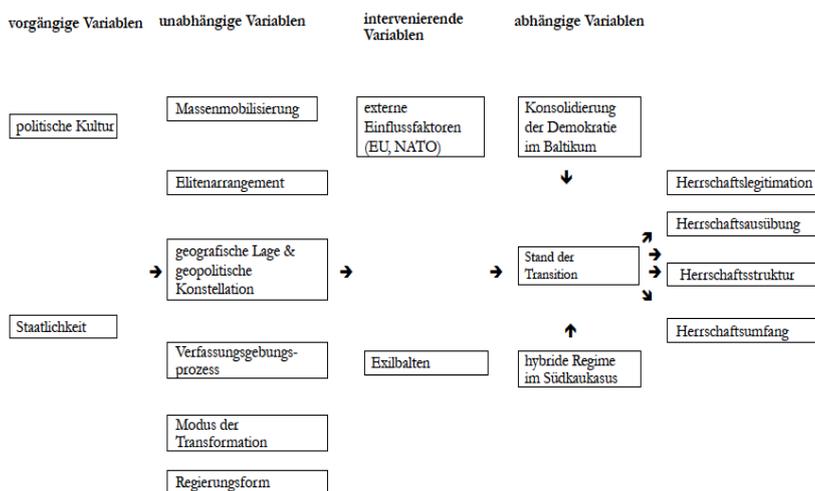
Für Capoccia und Kelemen gelten *critical junctures* als Momente der geschwächten strukturellen Einflüsse – wirtschaftlicher, kultureller, ideologischer und organisatorischer Natur –, in denen den Akteuren für einen relativ kurzen Zeitabschnitt eine ganze Reihe von politischen Handlungsoptionen ermöglicht werden und die Auswirkungen ihrer Handlungen für die zukünftige Politik recht folgenreich sind. Daraus ergibt sich, dass die Aufweichung der strukturellen Einflüsse, erweiterte Handlungsmöglichkeiten und schlussendlich die Ergebnisoffenheit der getroffenen Entscheidungen die drei wichtigsten Voraussetzungen sind, um einen institutionellen Pfadwechsel zu generieren. Die abgeschwächten strukturellen Rahmen ermöglichen es den Akteuren auf eine radikale Weise, mit dem alten politischen System zu brechen und die Etablierung neuer Institutionen einzuleiten. Das Ergebnis der *critical juncture* ist von der Kapazität, der

Strategie, dem Ziel, den Ressourcen und den Mobilisierungsfähigkeiten der Akteure abhängig (Gerschewski u.a. 2012: 106–131). Die Gewinner bestimmen am Ende die Spielregeln und etablieren die neuen oder alten Institutionen. Dabei ist es nicht unbedingt gesichert, dass eine *critical juncture* zu einem demokratischen institutionellen Pfadwechsel führt. Die breite Palette der Entscheidungsmöglichkeiten und die unterschiedlichsten Ausgangsbedingungen für jeden einzelnen Staat können auch eine Rückkehr zum Status quo erzwingen (Capoccia/Kelemen 2007: 352ff.).

2.5 Modell zur vergleichenden Analyse von Systemwechseln und Staatsbildungsdynamiken

Um die Ähnlichkeiten und Besonderheiten des Transformationsverlaufs zwischen beiden Regionen in unterschiedlichen historischen Zeitdimensionen (*critical junctures* – Pfadabhängigkeit – *critical junctures*) zu verdeutlichen, soll ein analytisches Modell mit *vorgängigen*, *unabhängigen*, *intervenierenden* und *abhängigen* Variablen konzeptualisiert werden.

Abbildung 2: Ein Modell zur vergleichenden Analyse der Transformation im Baltikum und im Südkaukasus



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Linz/Stepan (1996: Kap. 1)

Zu den *vorgängigen* Variablen zählen politische *Kultur und Staatlichkeit*, die für eine erfolgreiche Demokratisierung (Baltikum) oder Reautoritarisierung (Südkaucasus) der untersuchten Länder den entscheidenden Faktor darstellen sollen. Da die Kultur nicht homogen und objektiv ist, können auch geschichtliche Prozesse nicht eindeutig interpretiert und erklärt werden. Die nationalen Akteure mit ihren unterschiedlichen Interessen versuchen über die Kultur ihre legitimatorischen Vorteile zu erzielen und die Geschichte dabei als präferiertes Bindeglied zur Nationenbildung zu betrachten. Die Historizität wird in einem zeitlichen Kontext in Fragen wie den *Nation-* und *State-Building*-Prozessen eine besondere Rolle spielen. Damit befindet sich die Geschichte aufgrund der Anpassung an die Bedürfnisse der politischen Gegenwart in einem dauernden Rekonstruktionsprozess. Daraus ergibt sich, dass es keine objektive Geschichte gibt und sowohl historische als auch gegenwärtige Prozesse den sich permanent ändernden politischen oder gesellschaftlichen Prioritäten untergeordnet sind. »Konkurrierende historische Narrative« und »gegensätzliche diskursive Strategien der Repräsentation von Vergangenheit« ermöglichen, die jeweils von den Akteuren und bestimmten Nationen bevorzugten Identitätskonzepte zu identifizieren (Christophe 2002: 1224). Die politische Elite im Baltikum war imstande, die neu erwachte, nationale Identität zur Förderung des Gemeinwohls und zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme zu nutzen. Die unterschiedlichen Geschichtsinterpretationen und das starke Nationalbewusstsein im Südkaucasus führten in den Zeiten der *critical junctures* zur Reproduktion der personalisierten und klientelistischen Beziehungen und zum Ausbruch territorialer Konflikte (vgl. Maćkow 2005: 146).

Während die südkaukasischen Staaten beim *Nation-Building* und in ihrer geschichtlichen Entwicklung auf die ununterbrochene Kontinuität der historiografischen Rekonstruktion zurückgreifen, betonen die Balten die Diskontinuität zwischen Vergangenheit und Gegenwart und gehen bei der Rekonstruktion der eigenen Geschichte kritisch mit der eigenen Historiografie um; während also die Balten »die Nation als etwas beschrieben, das noch im Werden begriffen war«, interpretierte man im Südkaucasus »die Nation als etwas, das man sozusagen schlüsselfertig aus der Vergangenheit übernehmen könnte« (Christophe 2002: 1233).

Die baltischen Staaten sind in gewisser Hinsicht die einzigen ehemaligen Sowjetrepubliken mit einer *historisch* unabhängigen *Staatlichkeit* und einer parlamentarischen Demokratie in der Zwischenkriegszeit. Die Zeit der »Ersten Republik« ist der Bevölkerung des Baltikums im Bewusstsein

geblieben. Im Fall der südkaukasischen Republiken bildeten die »Ersten Republiken« (1918–1921) mit ihren demokratischen Ansätzen wohl eine zu kurze Episode, um über Generationen hinweg im Gedächtnis der Bevölkerung verankert zu sein.

Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit sind der Neuaufbau der Institutionen und die Verfassungsgebung eine vorrangige Aufgabe gewesen. Während der *State-Building*-Prozesse greifen die Staaten auf ihre empirisch-geschichtliche Genese zurück, indem die gegenwärtig agierenden Entscheidungsträger die institutionelle Erfahrung aus der Geschichte für die zukünftige Gestaltung und Funktion der Institutionen benutzen. Die *Geschichte* in einer Zeitlichkeit, die politische Kultur und die *Staatlichkeit*-Erfahrung sind die wichtigsten *vorgängigen* Variablen, quasi die bestimmenden Ausgangsbedingungen und die Besonderheiten der Transformationsprozesse im Baltikum und im Südkaukasus.

Ferner sollen die *unabhängigen* Variablen identifiziert und analysiert werden, die den unterschiedlichen Ablauf der politischen Entwicklung in beiden Regionen erklären. Während des *Verfassungsgebungsprozesses* bestimmen die politischen Akteure mit unterschiedlichen Eigeninteressen und Wertvorstellungen über die institutionelle Grundstruktur der zukünftigen *Regierungsform*. In der Institutionalisierungsphase orientierten sich alle drei baltischen Republiken an ihrer Verfassungsgeschichte aus der Zwischenkriegszeit. Obwohl nur in Lettland nach dem Ende der Sowjetherrschaft die alte Verfassung von 1922 wiederhergestellt wurde, nutzten auch Estland und Litauen bei der Erarbeitung der neuen Verfassungen die eigenen konstitutionellen Erfahrungen (vgl. Rüb 1996: 126). Die Vorkriegszeit bot den Balten nicht nur die Möglichkeit, auf die eigene historische Verfassung zurückzugreifen, sie konnten sich auch in der ewigen Diskussion »Parlamentarismus versus Präzidentialismus« auf die eigenen negativ und positiv besetzten Orientierungspunkte stützen.

Die erste Unabhängigkeitszeit der baltischen Republiken kann hierbei in zwei Phasen der Verfassungsgebung gegliedert werden. Im ersten Abschnitt wurden in allen baltischen Staaten im Jahre 1922 gleichzeitig die Verfassungen verabschiedet, die funktionierende parlamentarische Demokratien vorsahen. In der zweiten Etappe wurden zunächst in Litauen (1926) von Smetona, später in Lettland von Ulmanis und in Estland von Päts durch die 1934 durchgeführten Staatsstriche autoritäre Regime etabliert. Es wurden neue Verfassungen verabschiedet, die die Alleinherrschaft der baltischen Diktatoren gewährleisteten. Bei der Annahme der neuen

oder bei der Wiederherstellung der alten Verfassungen berücksichtigten die Balten die eigenen negativen Geschichtserfahrungen und neigten dazu, die Parlamente zu stärken, um die autoritären Tendenzen der einzelnen Akteure einzudämmen. Somit führten Estland und Lettland diese parlamentarischen Regierungsformen ein und Litauen entschied sich für eine Form des Semipräsidentialismus mit einem sehr starken Parlament.

Die südkaukasischen Republiken hatten im Gegensatz zum Baltikum keine verfassungsrechtlichen Anhaltspunkte. Nur Georgien stellt in diesem Fall eine Ausnahme dar. Im Februar 1921 wurde auch in Georgien eine Verfassung verabschiedet, die eine parlamentarische Demokratie vorsah. Aber diese Verfassung fand keinerlei praktische Umsetzung, weil Georgien eine Woche nach der Verabschiedung der Verfassung vom bolschewistischen Russland annektiert wurde. Georgien griff in den 1990er Jahren nicht mehr auf diese historische Erfahrung zurück (Loladze 2015: 30). Alle kaukasischen Republiken führten, anders als die baltischen Staaten, superpräsidentielle Republiken mit starken Exekutivorganen und relativ schwachen Parlamenten ein.

In Bezug auf das Baltikum spricht man deswegen von einer »retroaktiven Revolution«, die bei der Formierung des eigenen Staatswesens ihre Vorbilder in der Geschichte suchte (Freden 1994: 338). Sowohl bei der Staatlichkeits- als auch bei der Verfassungsgebungserfahrung ähneln die Balten den sozialistischen Ostblockstaaten und setzen sich von den anderen postsowjetischen Republiken ab.

Der *Massenmobilisierung* und dem *Elitenverhalten* wird ebenfalls eine zentrale Bedeutung in der Transitologie zugewiesen. Das Phänomen der Volksfronten ist während des Systemwechsels in der dritten Demokratisierungswelle im Baltikum und im Südkaukasus einmalig. Manifestationen dieser Größenordnung sind nicht nur in der Sowjetgeschichte ohne Vorbild, sie dürften überhaupt nicht viele historische Parallelen haben. Dies alles unterschied sich von den Runden Tischen in den Staaten des Ostblocks – mit Ausnahme Polens – die als Vermittler zwischen der nationalen Opposition und der kommunistischen Führungsspitze agierten. Bei den Volksfronten im Baltikum und Südkaukasus handelte es sich dagegen um gut organisierte Massenbewegungen. Es gelang ihnen durch die Mobilisierung der nationalen Opposition zusammen mit einfachen Mitgliedern der KP – vor allem der Mittelschicht und kultureller Intellektueller –, politische Einflussmöglichkeiten zu schaffen, die ihrerseits wiederum aktiv zur Gestaltung des Systemwechsels beitragen konnten (Levits 1991: 159). Die Volksfronten

waren Sprecher und Motor der Bewegungen für die Öffnung und Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft. Sie entsprachen eindeutig und bestmöglich den Handlungsbedingungen einer auf Dezentralisierung drängenden Umgestaltung, die vom Volk ausging (Simon 1989: 4). Die Rebellion der Massen ist ein temporäres Phänomen und findet seinen Höhepunkt in der Anfangsphase der Transition bzw. in der Endphase der autoritären Regime. Mit der Etablierung der politischen Institutionen bzw. der Verabschiedung der Verfassung lässt die gesellschaftliche Mobilisierung langsam nach. Bei der Neukonstruktion der Institutionen und der Aushandlung der Verfassung werden bereits *die Eliten* in den Vordergrund gerückt. Das Ausmaß der Massenmobilisierung sagt noch nichts über die Etablierungschancen einer Demokratie aus.

Das *Elitenarrangement* (*elite settlement*) ist eines der wichtigsten Merkmale für einen erfolgreichen bzw. auf der Strecke gebliebenen Ablauf der Demokratisierung (Burton u.a. 1992: 8ff.). Während der *critical junctures*-Phase, die von der Öffnung und späteren Auflösung des sowjetischen autoritären Regimes begleitet wurde, entstanden vier Gruppen politischer Akteure: die reformorientierten und die konservativen Kommunisten sowie die gemäßigte und die radikale Opposition (O'Donnell/Schmitter 1986: 15f.). Für einen erfolgreichen Start der Transformationsprozesse ist ein Elitenpakt zwischen Gemäßigten und Softlinern in Krisenzeiten von entscheidender Bedeutung. Dabei sollten die radikalen Flügel bzw. Quasi-Akteure sowohl der Kommunisten als auch der Opposition in den eigenen Reihen in Schach gehalten werden (Przeworski 1990: 196). Die Abwesenheit dieser politischen Kultur führt zur Radikalisierung der nationalen Bewegung, zur Polarisierung der Eliten und zum Andauern der Massenbewegung. In den baltischen Staaten und in Armenien kam es zu einem Elitenpakt, in Aserbaidschan und Georgien konnten sich die Eliten nicht einigen.

Der *Modus der Transformation* ist eine wichtige *unabhängige Variable* für den Erfolg oder Misserfolg von Demokratisierungsprozessen. Der Modus des Systemwechsels prägt auch die Auswahl der neuen Regierungsform (Colomer 1995a: 74ff.; Karl/Schmitter 1991; Glæbner 1994). Der *friedliche* Ablauf des Systemwechsels verstärkt in unsicheren Zeiten der institutionellen Weichenstellung und des politischen Vakuums die rechtsstaatlichen Mechanismen des Staatsaufbaus und verleiht den politischen Auseinandersetzungen der Eliten eine besondere Legitimität. In den baltischen Republiken verlief der Systemwechsel ziemlich friedlich. Beim Ausbau der Institutionen und bei der Aushandlung der Verfassungen wurden die Balten

nicht zu internen oder externen politischen Kataklysmen herausgefordert. Alle drei Republiken entschieden sich für starke Parlamente und schufen *checks and balances* zwischen den Verfassungsorganen. Je konfliktreicher der Systemwechsel verläuft, desto mehr konzentriert sich die Macht in einer Hand. Die südkaukasischen Republiken wurden während der Perestroika durch territoriale *Konflikte* herausgefordert, die sich später in *Kriege* verwandelt haben. Die politischen Instabilitäten und Ausbrüche der Kriege begünstigten die Einführung der Direktwahl des Präsidenten zur Gewährleistung der territorialen Souveränität, der dann »im Namen des Volkes« agieren sollte. In den 1990er Jahren wurden starke Präsidenteninstitutionen in den Verfassungen aller drei südkaukasischen Republiken verankert. Der plebiszitär legitimierte Präsident sollte als Erstes den Staat stabilisieren und die Einheit der Nation bewahren.

Zwischen der *geografischen Lage*, der *geopolitischen* Konstellation und der politischen Grundordnung bzw. der internen Verfasstheit besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Die Verteilung der demokratischen Regime innerhalb des internationalen Staatensystems ist stark vom regionalen Kontext beeinflusst. Es existiert eine enge Verbindung zwischen der Regierungsform eines Landes und dem Ausmaß an Demokratie in den umliegenden Regionen (Shin/Ward 1999: 794f.). In Zeiten der *critical junctures* oder in einer Übergangsphase entwickeln sich die Staaten im regionalen Kontext in großer Ähnlichkeit zu ihren Nachbarländern. Dabei muss berücksichtigt werden, ob die Regionalmächte selbst über eine funktionierende und demokratische Form der Rechtsstaatlichkeit verfügen und auch ein Interesse an der Demokratisierung und der stabilen Entwicklung in den Nachbarländern haben (Gleditsch 1999; O'Loughlin 2001: 77–96). Ist die Region dagegen von autoritären Großmächten umgeben, die Demokratie, Menschenrechte und politische Partizipationsbestrebungen als Bedrohung für die eigene Sicherheit und als Einmischung in innere Angelegenheiten ansehen und damit auch jegliche Demokratisierungsversuche bekämpfen, ist die Ausgangslage eine ganz andere.

Die EU- und NATO-Beitrittsperspektive gehört zu den wichtigsten *intervenierenden* Variablen einer erfolgreichen Demokratisierung. Die Europäische Union eröffnete den baltischen Staaten, zusammen mit anderen ostmitteleuropäischen Ländern, eine Beitrittsperspektive. Dabei wurden die Kopenhagener Kriterien verabschiedet, die den Übergang zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft unter direkter Unterstützung und Kontrolle der europäischen Strukturen beschleunigen sollten. Parallel wur-

den die sicherheitspolitischen Fragen der Balten durch eine Beitrittsperspektive in die NATO gelöst. Mit der Mitgliedschaft in der EU und in der NATO konnten die Demokratien in den baltischen Staaten als etabliert gelten. In den südkaukasischen Republiken hingegen blieb eine Perspektive der Demokratisierung durch den Einfluss externer demokratischer Faktoren aus. Die EU und die NATO zählen im Kaukasus (anders als im Baltikum) zu den externen Akteuren. Während der EU-Osterweiterung gehörte, mit Ausnahme der Balten, der postsowjetische Raum nicht zu den außenpolitischen Prioritäten der Europäer. Der Südkaukasus arbeitet bis heute mit der EU im Rahmen der »Östlichen Partnerschaft« zusammen, die keine Mitgliedschaft vorsieht.

Darüber hinaus zählten die *Exilanten* zum entscheidenden *intervenierenden* Faktor beim friedlichen Systemwechsel und auch beim Staatsaufbau. Die im Westen sozialisierten, ausgebildeten und gut organisierten *Exil-Balten* konnten in der ersten Phase des Übergangs eine Brückenfunktion zwischen den westlichen Regierungen und den baltischen Republiken einnehmen. Durch die baltischen Organisationen erhielt die Gesellschaft in den USA und in Europa alternative Informationen. Nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit besaßen die baltischen Exilanten die höheren Posten, dies sowohl in innenstaatlichen Behörden als auch im Außendienst, was die Institutionalisierungs- und Demokratisierungsprozesse beschleunigte. Dieses Phänomen fehlte, abgesehen von Armenien, in den südkaukasischen Ländern.

Einige wesentliche Unterscheidungsmerkmale sollen an dieser Stelle zur Ergänzung zwischen Exil-Balten und Diaspora-Armenier unterstrichen werden. Während die Tätigkeit der baltischen Exilanten auf den Zentrum-Peripherie-Kampf bzw. gegen die sowjetische Herrschaft gerichtet war, konzentrierten sich die im Ausland lebenden Armenier auf einen anderen äußeren Faktor: auf die internationale Anerkennung der Massaker an den Armeniern. Dabei betrachteten sie die Sowjetunion/Russland als Schutzmacht. Dementsprechend bekleideten viele Diaspora-Armenier auch nach der Unabhängigkeitserlangung überwiegend die diplomatischen Ämter und waren in die *State-Building*-Prozesse nicht so stark involviert. Georgier und Aserbaidzhaner hatten dagegen im westlichen Ausland keine große Diaspora. Deswegen hat es gedauert, bis das *Saakašvili*-Phänomen im Südkaukasus entstand.

2.6 Die Phasen der Transformation

Der Übergang von der Autokratie hin zur Demokratie verläuft überwiegend in drei Phasen (Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung), die von O'Donnell und Schmitter in ihrer Studie *Transitions from Authoritarian Rule* ausgearbeitet worden sind (O'Donnell/Schmitter 1986: 6ff.). Von der Transformationsforschung, die sich auf postsozialistische Entwicklungen bezieht, wurde dieses Phasenmodell vorzugsweise herangezogen (Bos 1996: 85f.; Merkel 2010: 93f.). Alle drei Phasen lassen sich aber in der Praxis schwer voneinander trennen. In der Tat überschneiden sich die drei Abfolgen häufig. Liberalisierung, Institutionalisierung und Konsolidierung können nicht zwangsläufig nacheinander eintreten, sondern verlaufen meist schon synchron (Merkel 2010: 94; Rüb 1996: 115; Bos 1996: 86–87).

Während der *Liberalisierung* wird durch die herrschenden autoritären Akteure versucht, das autoritäre Regime kontrolliert zu öffnen, ohne dabei die etablierten Machtstrukturen zu ändern (Bos 1996: 85). Um das vorhandene Konfliktpotenzial zu verringern und das Image des Regimes zu verbessern, werden auf individueller Ebene Grund- und Menschenrechte, Rede- und Versammlungsfreiheit sowie offene und faire Gerichtsverfahren gewährleistet. So können verschiedene gesellschaftliche und politische Gruppen das Regime kritisieren, ohne dafür bestraft zu werden, eigene Medien ohne Zensur herausgeben und Demonstrationen organisieren (O'Donnell/Schmitter 1986: 7). Der Bevölkerung werden partiell bestimmte bürgerliche Freiheitsrechte, wie die Freiheit auf Meinungsäußerung oder der Schutz der Privatsphäre und der Wohnung, eingeräumt (Rüb 1996: 114–115). Trotzdem wird das autoritäre Regime für alternative politische Kräfte nach wie vor nicht geöffnet. Die alte politische Elite kontrolliert die gesamten Machtstrukturen (Przeworski 1991: 59). Es wird hierbei keine darüber hinausgehende politische Partizipationsmöglichkeit für große Teile der Bevölkerung geboten, wodurch sich diese an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen könnten (Bos 1996: 85; Przeworski 1992: 109).

Autoritäre Regime versuchen in der Liberalisierungsphase ihr politisches Legitimitätsdefizit durch Zugeständnisse auszugleichen, um die Destabilisierung und den Zusammenbruch des Regimes zu verhindern. Die Krise oder das Ende eines autokratischen Regimes können je nach Einzelfall von unterschiedlichen Bedingungsfaktoren geprägt sein. Die Erfahrung

zahlreicher Systemwechsel zeigt aber, dass häufig Strukturveränderungen und die Handlungen der Akteure für den Systemwechsel entscheidend sind. Die Akkumulation der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme als strukturelle Ursachen ist nicht ausreichend, um den Zusammenbruch eines autoritären Regimes zu erklären; dies auch vor dem Hintergrund einer wachsenden Aktivität verschiedener alternativer Akteure, wie etwa Regimekritikern, Oppositionsparteien, Massenmobilisierungen oder Bürgerinitiativen in diesen Zeiten (Sticht 2006: 51; Merkel 2010: 96f.).

Demokratisierung oder *Institutionalisierung* (Merkel 2010: 94, 105–109) bezeichnet den Auf- oder Ausbau pluralistischer politischer Institutionen, die politischen Wettbewerb und eine breite Partizipation der Bürger garantieren. Als Minimum solcher demokratischer Verfahren werden freie und geheime Wahlen, ein allgemeines Wahlrecht sowie eine ungehinderte Parteienkonkurrenz angesehen. Unter Demokratisierung wird ein Prozess verstanden, »in dem die unbegrenzte, unkontrollierte und kompromisslos eingesetzte politische Macht von einer sozialen Gruppe oder einer Person auf institutionalisierte Verfahren verlagert wird, die die exekutive Macht begrenzen, laufend kontrollieren, regelmäßig verantwortbar machen und kontingente Ergebnisse ermöglichen« (Rüb 1996: 114).

Mit anderen Worten: Die Demokratisierungsphase beginnt, wenn die Kontrolle über die politischen Entscheidungen »demokratischen Verfahren überantwortet wird, deren substantielle Ergebnisse sich a priori nicht mehr bestimmen lassen« (Merkel 2010: 105). Den alten autoritären Machteliten entgleiten in dieser Phase die exklusiven Kontrollmechanismen der politischen Entscheidungen. Die politischen Prozesse werden zu einem turbulenten politischen Kampf mit offenem Ausgang zwischen unterschiedlichen Akteuren mit mehreren Optionen (Rüb 1996: 115). In der Demokratisierungsphase werden alte Normen und Institutionen nur zum Teil abgeschafft, während neue Regeln eingeführt, jedoch noch nicht ganz implementiert worden sind. In der Demokratisierungsphase besteht auch die Gefahr, dass einige politische Akteure während der Etablierung neuer Institutionen und der Verfassung ihre eigenen Interessen über die der Allgemeinheit stellen. Letztendlich unterwirft sich die politische Elite von sich selbst entworfenen institutionellen Regeln. Da in der Phase der institutionellen Weichenstellung die Kontrollmechanismen gegenüber den Entscheidungsträgern nicht etabliert oder vorhanden sind, ist die Demokratisierung einem Risiko der Reautoritarisierung ausgesetzt (Merkel 2010: 105ff.).

Mit der Durchführung von fairen und freien Wahlen sowie der Einsetzung und Verabschiedung einer Verfassung gilt die Phase der Demokratisierung als abgeschlossen, die somit den politischen Wettbewerb und die neuen Spielregeln festlegt (Bos 1996: 103). Obwohl die *critical junctures*-Phase vorbei ist, ist der Rückfall zum Autoritarismus noch nicht abgeschlossen (Merkel 2010: 109).

In der letzten Etappe der Transition geht es um die Konsolidierung der Demokratie. Die *founding elections*, die Einsetzung einer demokratisch gewählten Regierung und eine neu angenommene Verfassung sind die ersten Zeichen der Konsolidierung eines politischen Systems. Bisher konkurrierten in der Politikwissenschaft verschiedene Ansätze mit unterschiedlichen Schwerpunkten, was die Entwicklung von eindeutigen und operationalisierbaren Kriterien der Konsolidierung erschwerte. Mit der Schließung eines Elitenpaktes stellt die Demokratie für die agierenden politischen Akteure »the only game in town« dar (Linz 1990: 158). Laut Przeworski gilt eine Demokratie als etabliert, wenn alle politischen Akteure versuchen, ihre Interessen im Rahmen der gegebenen demokratischen Institutionen durchzusetzen und dabei die Resultate des politischen Prozesses akzeptieren. Dies bedeutet, dass die friedliche Ablösung der Regierung durch die Opposition gewährleistet ist und dass das Militär der zivilen Kontrolle untersteht (Przeworski 1991: 26).

3 Die Liberalisierungsphase im Baltikum und im Südkaukasus

3.1 Der politische Aufbruch und die »Ära der Klubs«

Die von O'Donnell und Schmitter (1986) in Bezug auf Lateinamerika herausgearbeitete Einteilung in drei Phasen des Systemwechsels, bestehend aus Liberalisierung, Demokratisierung und Konsolidierung, wird in der vorliegenden Arbeit auf den Transformationsablauf in Osteuropa bzw. die drei baltischen Staaten angewandt. Unter *Liberalisierung* versteht man die vorsichtige Öffnung des autoritären Systems durch die alten Machthaber während des gleichzeitigen Versuchs, weiterhin den politischen Prozess zu kontrollieren. Scheitert dieser monopolistische Herrschaftsanspruch, führt dies zur Auflösung des alten Herrschaftssystems (Bos 1996: 85). Der erste Anstoß zum Systemwechsel im Baltikum kam aus dem Zentrum. Die Systemtransformation der UdSSR sollte durch einen »Wandel von oben« der drohenden Systemkrise begegnen (Lux 2000: 148).

Die Möglichkeiten der von Gorbatschow erklärten Perestroika wurden in Lettland am schnellsten ergriffen, wo bis etwa 1987 umweltpolitische, ökonomische, soziale und nationale Fragen offensiver als in Estland und Litauen behandelt wurden und eine öffentliche Thematisierung stattfand (Mattusch 1996: 128–129). Der unmittelbare Anlass des politischen Aufbruchs in den baltischen Sowjetrepubliken ist schwer zu bestimmen. Als Erstes ergriffen die Schriftsteller die Initiative. Auf dem 9. Kongress des lettischen Schriftstellerverbandes vom 3. bis 4. April 1986 wandte man sich zum ersten Mal öffentlich Themen wie dem Zurückdrängen des Lettischen in den verschiedensten Lebensbereichen und der Geschichtsfälschung zu, die dann auch die gesamte Reformdiskussion umfassen sollten (Balputnis 1991: 99).

Die Gründung der Menschenrechtsgruppe Helsinki-86 in Liepāja (Lettland) im Sommer 1986 durch drei Arbeiter¹ kann als Beginn des breiten politischen Aufbruchs im Baltikum bezeichnet werden (Neatkarīgais informācijas centrs 1989: 1; Pelkaus 1999: Dok 276, 499). Helsinki-86 hatte nicht den Charakter einer Partei, weil sie, wie die Dissidentenbewegungen in den 1970er Jahren, kein politisches Alternativprogramm zum bestehenden Regime entwickelte (Būmanis 1989: 16-17). Sie instrumentalisierte unter Berufung auf die Schlussakte von Helsinki ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle und politische Probleme bis zur Loslösung aus der Sowjetunion nach Artikel 69 der lettischen Verfassung, die von den Machthabern in Lettland seit Jahrzehnten ignoriert wurden (Pelkaus 1996: 13f.). Helsinki-86 war die erste informelle Organisation, die mit politischen Forderungen auftrat, wie die Achtung der Menschenrechte, die Einführung des Lettischen als Staatssprache, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands in den Grenzen von 1939, Religionsfreiheit (Trennung von Kirche und Staat), Pressefreiheit, den Baustopp exzessiver Industrieanlagen, die Ausweisung von Einwanderern und die Einsetzung eines internationalen Tribunals zur Verurteilung der Verantwortlichen für die völkerrechtswidrige Annexion und Sowjetisierung Lettlands. Damit war man an die Grenze der *Glasnost* gestoßen (Latvijas Vēsture 4/1993: 48–51; Neatkarīgais informācijas centrs 1989: 43–45; Urdze 1987: 23). Die Mitglieder wurden durch die Sicherheitsbehörden schikaniert oder zur Ausreise in den Westen gezwungen (Vidiņš 2005: 91). Die Gruppe entwickelte sich zum besonderen politischen Faktor und war der Katalysator des national-politischen Erwachens in der lettischen Bevölkerung. Seit 1987 zeigte sich dies anlässlich der Demonstrationen, die von Helsinki-86 organisiert wurden (Būmanis 1989: 16–17; Nies 1995: 329; Levits 1991: 153).

Die Gruppe Helsinki-86 rief zu den ersten drei inoffiziellen Massendemonstrationen in der Geschichte Sowjetlettlands auf, und zwar am 14. Juni 1987, dem Gedenktag für die Opfer der stalinistischen Deportationen des Jahres 1941, am 23. August 1987, dem Tag, an dem 1939 der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet wurde, und am 18. November 1987, dem Tag der Unabhängigkeitserklärung Lettlands 1918 (Vidiņš 2005: 89f.; Levits 1988: 70; Baltputnis 1991: 99). Da diese Demonstrationen an den jeweiligen Gedenktagen stattfanden, wurden sie Kalenderdemonstrationen genannt. Zu ähnlichen Demonstrationen kam es auch in Estland und Litauen, wo die

1 Linards Grantiņš, Raimonds Bitenieks und Mārtiņš Bariss.

Erinnerung an die erste Unabhängigkeitsperiode (1918–1940) eine der mächtigsten Triebkräfte des politischen Handelns darstellte (Zile 1998: 97–102; Stradiņš 2010: 322).

Diese Ereignisse hatten in mehrfacher Hinsicht große Bedeutung. Erstens wurde damit erstmals in der Geschichte der baltischen Sowjetrepubliken das Demonstrationsrecht wahrgenommen, um gegenüber dem Regime öffentlich direkte Opposition zu bekunden. Zweitens wurden diese Massenkundgebungen weder von der Partei noch von der Intelligenz veranstaltet, sondern gingen »von unten«, vom »Volk« aus (Urdze 1988: 28–30). Dies kann als Signalwirkung für eine beginnende Liberalisierung im gesamten Baltikum bezeichnet werden. Der Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl gab einen Anstoß, die ökologische Diskussion in der gesamten Sowjetunion aufzunehmen. Das Projekt der Umleitung sibirischer Flüsse in die südlichen Regionen Russlands und nach Zentralasien wurde unter dem Druck russischer Schriftsteller und der wachsenden Ökologiebewegung eingestellt. Nach dem Vorbild dieser Erfolgsgeschichte der russischen Intellektuellen formierte sich die öffentliche Thematisierung der Umweltschutzprobleme auch in den baltischen Sowjetrepubliken. Die Kritik des estnischen Schriftstellerverbandes an der Erweiterung des Phosphoritabbaus in Nordestland (Jarliks 2005: 77–78), die Veröffentlichung des Artikels »Nachdenken über das Schicksal der Daugava« in der lettischen Kulturzeitschrift *Literatūra un Māksla* (Literatur und Kunst) über den geplanten Bau eines Wasserkraftwerkes bei Daugavpils (Dreifelds 1989: 81–82; Butenschön 1992: 117) und eine gemeinsame Protestnote der litauischen und russischen Intellektuellen gegen die Ölförderung an der Kurischen Nehrung in der Zeitschrift des Schriftstellerverbandes der Sowjetunion *Literaturnaja gazeta* (05.11.1986) lösten umweltpolitische Diskussionen und große Protestbewegungen aus, die ab 1987 einen Großteil der Bevölkerung Estlands, Lettlands und Litauens erfassten und schließlich die Regierungen dieser Republiken zum Einlenken zwangen. In Litauen stoppten die Proteste den Ausbau des Kernkraftwerkes Ignalina, welches vom gleichen Typ wie der Katastrophenreaktor von Tschernobyl war (Henning 1994: 206–207). Bei beiden Aktionen, den Protesten gegen die Ölförderung wie dem Protest gegen Ignalina, arbeiteten Schriftsteller und Künstler zusammen, wodurch das Fundament der Umweltbewegung gelegt wurde (Wurft 2000: 48).

In Riga wurde am 25. Februar 1987 der lettische Umweltschutzklub Vides Aizsardzības klubs (VAK) als erste NGO im Baltikum überhaupt

gegründet. Der VAK ging aus dem Zusammenschluss mehrerer Umwelt- und Denkmalschutzorganisationen hervor (Zīle 1998: 100–102; Lux 2000: 148–149). 1988 veranstaltete der Umweltschutzklub VAK Protestaktionen, bei denen es nicht nur um den Umweltschutz, den Stopp von Industrieprojekten und die Gesundheit allgemein, sondern auch um die Bewahrung der eigenen Kultur, die Einführung der nationalen Sprache als Staatssprache und die Umsetzung nationaler Interessen ging (Uibopuu/Urdze 1997: 22). Mit Gründung des VAK kam es zu massiven Protesten gegen den geplanten Bau eines Wasserkraftwerks bei Daugavpils sowie gegen die geplante U-Bahn in Riga. In dieser Situation gab Moskau nach und stellte die geplanten Projekte zurück (Levits 1991: 154). Im Oktober 1986 war bereits der Sociāli aktīvo cilvēku klubs (Klub sozial aktiver Menschen) gegründet worden (Zīle 1998: 94). Zu Zentren der Ökologiebewegung wurden neben den oben genannten Vertretern in Lettland auch die Umweltschutzklubs Žemyna und Atgaja in Litauen sowie in Estland die am 12. Dezember 1987 ins Leben gerufene Eesti Muinsuskaitse Selts (Estnische Gesellschaft für Denkmalpflege) und im Mai 1988 die Eesti Roheline Liikumine (Estnische Grüne Bewegung). Diese wurden im gesamten Baltikum zur eigentlichen Wiege des nationalen Erwachens (Brettin 1996: 145; Gilly 2002: 327). Am 15. August 1987 gründete sich die Estnische Gruppe für die Veröffentlichung des Molotov-Ribbentrop-Paktes (MRP-AEG) (Gilly 2002: 313). Zunächst fanden anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Molotov-Ribbentrop-Paktes, dem 23. August 1987, Massenkundgebungen in Tallinn, Riga und Vilnius statt. Die Protestgruppen forderten, die geheimen Zusatzprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes zu veröffentlichen und in den baltischen Staaten das Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen.

Im Jahr 1987 wurden die ersten litauischen Umweltschutzklubs Žemyna in Vilnius und Atgaja in Kaunas gebildet. Atgaja in Kaunas entstand im Juli 1987 als ein Denkmalschutzklub (Preuße 2014: 277). Die ersten Aktionen waren Aufrufe zur Bewahrung des nationalen Kulturerbes und der nationalen Traditionen. Žemyna wurde dagegen im Dezember 1987 von jungen Intellektuellen gegründet, die von der ökologischen Politik Moskaus frustriert waren. Er wurde von staatlichen Behörden wie der Akademie der Wissenschaften Litauens unterstützt (Storm 2014: 83–84). Die beiden Klubs Žemyna und Atgaja vertreten zwei prinzipielle Richtungen, die sich in mehreren Klubs ausdrückten, die 1987 und 1988 in vielen Städten entstanden. Neben umweltpolitischen Themen wurde über die

Geschichtsschreibung im Baltikum und die bis dato gefälschten Werke aus der Zwischenkriegszeit (erste Unabhängigkeit) diskutiert (Wurft 2000: 44–45). Zabielin u.a. beschreiben präzise, welche Rolle die ökologische Bewegung im Baltikum spielte, die analog auch auf den Südkaukasus übertragbar ist:

»In the first stages of perestroika, the environmental movement was the only one which was permitted and not prosecuted by the government. That is why environmental Clubs, Committees, Unions and movements (these were the titles which founders usually gave to their local, mostly city-level, organizations) united the most socially active individuals. The movement was most vibrant in the Baltic Republics, where environmental NGOs became the first non-governmental organizations. They led people, not only in their effort to save nature and prevent environmental degradation. From the first, it was a movement for self-determination and national independence, just painted green.« (Zabielin u.a. 1992: 140)

Die umweltpolitischen Bewegungen gehörten in der Anfangsphase der Liberalisierung aus mehreren Gründen zu den wichtigsten funktionierenden Instrumenten in den sowjetischen Peripherien. Die Organisationen wurden seitens der Partei nicht unter ideologischen Kategorien geführt und konnten daher vom Zentrum nicht als konterrevolutionäre Tätigkeit eingestuft werden. Die Umweltthematik war deshalb ein »relativ sicherer Raum für die Formulierung systemneutraler Forderungen« (Christophe 1997: 197). Zu ökologischen Fragen kann ein gesellschaftsübergreifender Konsens gebildet werden. Ökologisch motivierte Demonstrationen können an verschiedenen Orten stattfinden. Dies ist ein Unterschied zu den nationalen Kalenderdemonstrationen zu bestimmten geschichtlichen Ereignissen, wie sie die Dissidenten organisierten. Die grüne Bewegung im Baltikum war aber auch unmittelbar mit nationalen Fragen beschäftigt, beispielsweise Sprachenpolitik, Natur- und Denkmalschutz, Einwanderung und Selbstbestimmung (Wurft 2000: 39–40). Deshalb müssen die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in den sowjetischen Republiken entstandenen grünen Bewegungen dem konservativen Spektrum zugeordnet werden. Darin liegt auch der entscheidende Unterschied zwischen den osteuropäischen Grünen und der zeitgleich in Westeuropa entstandenen grünen Bewegung, die eher linke Ideen vertrat. Die Entstehungsgeschichte und die ideologische Ausrichtung in Ost und West heben sich grundlegend voneinander ab (Wurft 2000: 117). Die grüne Bewegung im Baltikum und im Südkaukasus stand in Opposition zur Fremdherrschaft bzw. warf sich in den Konflikt

zwischen dem Zentrum (Moskau) und der Peripherie, wohingegen die Grünen in Westeuropa einen innenpolitischen *Cleanage* darstellten.

Schließlich gab die Glasnost der nichtrussischen Peripherie die Möglichkeit, die politischen Prozesse im eigenen Land zu bestimmen. Es entstanden viele unabhängige nichtformelle Klubs, Vereine, Organisationen, die für die Ökologie und das national-kulturelle Emanzipationsstreben eintraten. Im ganzen Baltikum kam es zu einer grünen Massenbewegung. Sie war bis zur Herausbildung der Volksfronten die politische Kraft, die für das Herrschaftsmonopol der kommunistischen Partei eine Herausforderung darstellte. Mit der Bildung der grünen Bewegung wurde die Atomisierung der Gesellschaft langsam aufgehoben. Dieser Prozess ist mit einer erheblichen Wandlung der gesamten politischen Kultur verbunden. Dabei erfolgte diese Wandlung in den baltischen Republiken kontinuierlicher als in den übrigen Sowjetrepubliken.

Obwohl die Liberalisierung des Systems am schnellsten und offensivsten in Lettland (1986–1987) aufgegriffen wurde, übernahm Estland seit Ende 1987 eine Vorreiterrolle im Kampf für wirtschaftliche und politische Souveränitätsbestrebungen. Mehrere Kalenderdemonstrationen im Jahr 1987 verstärkten das Selbstbewusstsein der drei baltischen Republiken und ermutigten die nationale Bewegung, ihre Anliegen und Forderungen stärker zum Ausdruck zu bringen (Lieven 1993: 219f.).

3.2 Die »singende Revolution« im Baltikum

Im April 1985 kündigte Gorbatschow weitreichende Reformen an, die den Grundstein zur »Beschleunigung der sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes« gelegt hatten. Anfang 1986 wurde die *Beschleunigung* weitestgehend durch den Begriff *Perestroika* (Umbau, Umgestaltung, Umstrukturierung, Erneuerung) ersetzt, der inhaltlich nicht nur sozio-ökonomische, sondern auch politische Reformen umfassen sollte (Schweisfurth 1989: 713ff.).

Am 27. Januar 1987 hielt Gorbatschow den Vortrag »Über die Perestroika und die Personalpolitik der Partei«. Unter Perestroika verstand er den »effizienten Mechanismus zur Beschleunigung der sozio-ökonomischen Entwicklung in der sowjetischen Gesellschaft«, »die volle Entfaltung der Demokratie, der sozialistischen Selbstverwaltung«, die »Förderung der Ei-